

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19993. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellszeile über deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschritt 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M., Nekrolog-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Einzelgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## 265 Milliarden Mark Reichsschulden.

### Dr. Wirth über das Finanzjeld.

Berlin, 1. Juli. (U.) Im Hanshaushaus des Reichstages gab bei Beratung des Notetats der Finanzminister Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlechte Finanzlage des Reiches. Das Reich habe 265 Milliarden Gesamtschuld, dazu kommen eine Menge großer Ausgaben, sowie das weitere Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich heute im Plenum darüber äußern. An die Forderung von 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Aussprache. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glas betonten, daß vom Ministerium alles getan werde, um die Wohnungsnot zu bannen. Der Kohlen- und Kautschukmangel sowie andere Dinge erschweren jedoch diese Arbeiten außerordentlich.

### Der geheimnisvolle Gewährsmann.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Der Lokalanzeiger hat gestern auf den Vorwurf der Freiheit, daß seine Angaben über große Vorbereitungen und Bewaffnung der roten Armee, die dem Dokument eines Kuriers entstammen sollten, ein Spitzelwerkzeug seien, erwidert, daß seine Informationen aus Schriftstücken stammten, die einen Namen trügen, der bis weit in die Reihen der Vorkadetten ungeschmälertes Ansehen genießt. Für ihre Richtigkeit bürgt das Urteil eines Mannes, der alles andere eher, nur keiner reaktionären Gesinnung verdächtig sei, und diese Persönlichkeit selbst erhebe bestimmte Forderungen zur Abwehr der Gefahr. Er verlangt die beschleunigte Unschädlichmachung der radikalen Führer, die Beseitigung aller ungesetzmäßigen Körperschaften und die Auflösung aller politischen Detachements und Ersatz durch unpolitische Polizei. Die Freiheit bemerkt dazu: „Sollte der Lokalanzeiger sich nicht entschließen, den Namen des angebotenen geheimnisvollen Mannes zu nennen, so bleibt der Vorwurf gemeiner und feiger Verleumdung an ihm haften.“

### Die Freiheit im eigenen Sein.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Die Freiheit erscheint heute zum ersten Male in eigener Druckerei. In einem Beitrag weist sie auf die Bedeutung hin, die dadurch erlangt ist, daß nun das Blatt frei von einer kapitalistischen Druckerei ist und jetzt im Besitze eigener Mittel an die Ausgestaltung des Blattes im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse gehen kann. In dem Artikel heißt es: „Vor Beginn des Krieges hatte die geeinte Sozialdemokratische Partei nahezu 100 Tageszeitungen. Wenn die Zahl gegenwärtig noch etwas höher ist, so spielen die 60 Tageszeitungen eine erhebliche Rolle, die die U.S.D. innerhalb eines Jahres geschaffen hat, weil sie nicht nur den Kampf gegen die Klassengegner des Proletariats führen mußte, sondern auch den Kampf gegen unwillkürliche und unzuverlässige Elemente in den Reihen der Arbeiterklasse. Aber auch heute bildet die sozialdemokratische Presse nur einen Bruchteil der Presse. Von mehr als 3000 täglich ein- und mehrmals erscheinenden Zeitungen sind gänzlichentfalls 200 sozialdemokratisch und das, obwohl mehr als vier Fünftel der Bevölkerung in Deutschland sozialdemokratisch gesinnt sind.“

### Ein Mißtrauensvotum für die Regierung beantragt.

Berlin, 1. Juli. (U.) In der gestrigen Reichstagsitzung hat die Fraktion der Unabhängigen ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht.

Berlin, 1. Juli. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat gestern abend nach Schluß der Reichstagsitzung nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, den von den Unabhängigen eingebrachten Mißtrauensantrag abzulehnen.

### Lebensmittelunruhen in Lübeck.

Lübeck, 30. Juni. Hier sind heute schwere Unruhen ausgebrochen, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigen Preisen abzugeben. Plündernde Mengen durchzogen die Straßen. Sie hatten es namentlich auf die Warenhäuser und Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurde viel geraubt. Die Sicherheitspolizei ließ, worauf die Menge das Feuer erwiderte. Bisher steht fest, daß zwei Sicherheitsbeamte erheblich verwundet worden sind; auch aus der Menge sollen verschiedene Personen getroffen worden sein. Die Unruhen dauern an.

Lübeck, 1. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden weitere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über 100 **Bestellungs- und Schuhwarengeschäfte** geplündert worden. Auch

in Lebensmittelgeschäften spielten sich wilde Szenen ab. Die Polizei mußte wiederholt von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bisher wurden drei Tote festgestellt. Abends verhängte der Senat den Ausnahmezustand und ließ durch Einwohnerwehr und Polizeimannschaften die Hauptstraßen absperren. Am Mitternacht schlen der Hauptsturm vorüber zu sein.

### Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Wucher.

Selbstberg, 29. Juni. Heute morgen umstellten Arbeiter die Gemüße und Obststände und erzwangen eine starke Herabsetzung der Preise. Die amtlichen Marktpreise wurden durch neue Preise der Arbeiterkommission ersetzt. Rirschen kosteten statt 3 M. 1.20 M., Johannisbeeren statt 3.50 M. 80 Pfg., Birnen statt 3 M. 1.20 M., Himbeeren statt 4 M. 80 Pfg., Gurken statt 4 M. 1.25 M.

### Die Alliierten fordern beschleunigte Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Genf, 29. Juni. Der Temps meldet: Der alliierte Rat richtete eine neue Note an Deutschland, die um Befestigung des Standes der von den Alliierten von Deutschland geforderten Aburteilung der namentlich bezeichneten deutschen Kriegsschuldigen ersucht. Der Text schreibt, daß die Alliierten die Frist zur Aburteilung der Strafsverfahren gegen die Personen der ersten Ururteilungsliste über den 1. Oktober hinaus nicht zu verlängern gedulden.

### Eine Verschwörung der österreichischen Monarchisten in der Schweiz?

Zürich, 30. Juni. Im Zürcher Volksrecht wird in ausführlicher Form über habsburgische Umtriebe in der Schweiz und über die Vorbereitung eines monarchistischen Putschs in Oesterreich geschrieben. Neben einer Menge von Einzelheiten wird die Tätigkeit des Prinzen Windischgrätz in der Schweiz und in Ungarn behandelt, ferner die Propaganda der Umgebung des Kaisers Karl und der Agence Centrale. Als Organisationsmittelpunkte werden die Schweiz und das Wiener Kasino bezeichnet. Die finanziellen Führer seien Dr. Friedmann, Dr. Reichbauer und Großindustrieller Schimpf. Das Kapital betrage 22 Millionen Kr. Von den österreichischen Führern wird in erster Linie Abgeordneter Teufel genannt. Die militärische Organisation fuhe auf der christlichsozialen Offiziersvereinigung und der Gruppe der unpolitischen aktiven Offiziere. Die ganze Veröffentlichung wird vom Volksrecht als von vorzüglich unterrichteter österreichischer Seite herabsehend bezeichnet. Sie bringt, wie die Zürcher Post bemerkt, so bestimmte Angaben, daß die zuständigen schweizerischen Behörden daran nicht achtlos vorübergehen können. Sind sie richtig, dann wäre die Schweiz der Mittelpunkt einer auf den Umsturz der österreichischen Republik gerichteten Bewegung, und dann würden die schweizerischen politischen Behörden wohl nicht zögern, einem solchen Mißbrauch des Gastrechts dadurch ein Ende zu machen, daß sie die österreichischen Herrschaften ersuchen, ein anderes Feld für ihre Tätigkeit zu wählen.

### Fortsetzung der Verhandlungen mit Krassin.

London, 29. Juni. Havas-Neuter verkündet, daß die Verhandlungen mit Krassin einen befriedigenden Verlauf nehmen, obgleich einige Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Ansichten in Moskau über die der britischen Regierung zu erstellende Antwort noch ein wenig auseinandergehen. Krassin wird neuerdings mit dem Obersten Wirtschaftsrat zusammenzutreffen. Er wird wahrscheinlich auch eine weitere Besprechung mit den britischen Ministern haben, bevor diese nach Spa abreisen.

Amsterdam, 30. Juni. Den Times zufolge hat Krassin gestern neuerdings eine Unterhaltung mit Lloyd George gehabt und wird heute wiederum mit dem Ausschuss des Wirtschaftsrates zusammenkommen.

### Verschärfung des schwedisch-finnischen Konflikts.

Wie die Berlingske Tidende aus Stockholm meldet, hat das schwedische Außenministerium die Frage der gerichtlichen Verfolgung der beiden aaländischen Führer zum Gegenstand erneuter Erwägungen gemacht. Als Ergebnis dieser Erwägungen wurde gestern vom Ministerium des Äußern dem finnischen Gesandten in Stockholm eine Note überreicht, in der die finnische Regierung aufgefordert wird, weitere Schritte gegen die beiden verhafteten Aaländern anzugehen und die Verhafteten freizugeben im Hinblick darauf, daß die Aaländerfrage jetzt vom Völkerbund gelöst werden soll. Der schwedische Geschäftsträger in Helsingfors hat von der schwedischen Regierung Anweisung erhalten, vom finnischen Minister des Äußern eine sofortige Antwort darauf zu verlangen, ob der Schritt der schwedischen Regierung hinsichtlich der Aaländer in entgegenkommender Richtung zur Folge haben wird.

Stockholm, 30. Juni. Alle hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, in denen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland vorangetrieben wird.

### Lebensmittelrevolten und Konterrevolution.

Von Rudolf Franke.

Die Krise, die unser Wirtschaftsleben künftest, erfährt immer weitere Kreise, greift immer tiefer in das ökonomische und soziale Leben der Gesellschaft ein, je länger sie andauert. Die Kaufkraft der Konsumenten ist zusammengebrochen und hat eine Abwärtsstreckung hervorgerufen, von der man sich eine Preislenkung verspricht, die aber immer noch nicht eintreten will. Besonders auf dem Lebensmittelmarkt ist nichts davon zu spüren. Im Gegenteil, durch die Lebensgabenpolitik der Regierung sind immer neue Preissteigerungen eingetreten und das Wucher- und Schleichhändlerwesen treibt nach wie vor seine schönsten Blüten. Die durch die Wirtschaftskrise am härtesten betroffenen Industrien greifen, da im Augenblick die hohen Profite vom Januar und Februar nicht mehr zu erzielen sind, zu umfassenden Arbeiterentlassungen, oder zu gänzlicher Betriebs Einstellung. Tausende von Arbeitern werden brotlos. Der Wahnsinn des kapitalistischen Systems zeigt sich in seiner krassen Form. Während viele Tausende von Proletariern nicht das Geld aufbringen können, um sich die nötigsten Bedarfsgüter zu beschaffen, wird die Produktion eingestellt, trotzdem nirgends von einer Überproduktion die Rede sein kann. Der Profitanzreiz fehlt und nur deshalb wird nicht produziert. Denn im Kapitalismus ist die Produktion nicht eine ökonomische Funktion zur Befriedigung des Bedürfnisses der Volksgenossen nach Gebrauchsgütern, sondern nur eine Gelegenheit, aus der Arbeit des Proletariats Profite zu kristallisieren. So kommen weite Kreise der Arbeiterschaft in schlimmste wirtschaftliche Not. Die Löhne reichen nicht aus, das Notwendigste zu bestreiten, um wieviel größer muß das Elend werden, wenn Arbeitslosigkeit eintritt und das Verhältnis zwischen Einkommen und Bedarf noch weit unbilliger wird. Da der Arbeiter sich kaum etwas anderes kaufen kann, als das, was er zur nackten Freilegung seines Lebens benötigt, ist er an den Lebensmittelpreisen am stärksten interessiert und er wird es um so mehr, je weniger er sein Einkommen mit den hohen Lebensmittelpreisen in Einklang bringen kann.

Dank dem Schieber- und Schleichhändlerwesen sind die Preise für frisches Obst und Gemüse trotz der reichen Ernte wieder unerschwinglich hoch. Man hätte glauben sollen, daß der reichliche Segen der Natur auch auf die Preisgestaltung eine heilsame Wirkung ausüben würde. Aber daran war nicht zu denken. Die Preissteigerung setzte wieder in dem gleichen Umfange ein, wie all die Jahre vorher. Die Behörden griffen nicht ein und das Volk, bis zum äußersten gereizt durch die schamlose Ausbeutung, griff zur Selbsthilfe. Württemberg gab das Signal, und bald folgten viele Städte Norddeutschlands, Frankfurt, Mainz, Magdeburg, Bremen, Hamburg und viele andre. Den Straßenverkäufern und Händlern wurden die Lebensmittel weggenommen und zu billigeren Preisen verkauft, Warenhäuser wurden geplündert und es kam zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. Aber mit all diesen Maßnahmen wird das Uebel des Preiswuchers nicht an der Wurzel ergriffen und die kapitalistische Profitwirtschaft nicht ausgerottet. Da muß bei den Quellen der Produktion zugegriffen und von dort aus die Verteilung und Preisgestaltung reguliert werden. Jedenfalls aber sind Aktionen, wie sie jetzt in verschiedenen Städten spontan sich durchziehen, nicht die Methoden, mit denen sozialistisch geschulte Arbeiter die Verwirklichung ihrer Forderungen erkämpfen. Mit diesen Lebensmittelrevolten werden kleine Händler getroffen, die selbst zum Teil eine proletarische Existenz führen und vom Großhändler abhängig sind. Bestenfalls wird da und dort ein Schieber mit unter die Räder kommen. Und die Plünderung von Warenhäusern, zu denen sich die erzregte Volksmenge verschiedenlich hinreichend ließ, ist auch nicht das geeignete Mittel, sozialistische Ideen zu verbreiten. Aber ein anderer Gedanke liegt nahe. Die Konterrevolution wartet nur auf das Signal, loszuschlagen zu können. Sie wartet auf den Linksputsch, der ihr den längst ersehnten Anlaß geben soll, all ihre militärischen Machtmittel spielen zu lassen. Und wenn wir die Dinge so betrachten, dann ist es unsere revolutionäre Pflicht, einen tüchtigen Kopf und Ruhe zu behalten. Aktionen gegen die Teuerung haben, wenn sie wild ausbrechen, höchstens den Erfolg, daß für zwei oder drei Tage die Preise herabgesetzt bleiben, um dann wieder die alte Höhe zu erklettern. Wenn praktisch etwas erreicht werden soll, müssen die zu treffenden Maßnahmen planmäßig vorbereitet werden, sonst besorgt das Proletariat damit nur die Geschäfte der Reaktion. Wenn wir die Lebensmittelunruhen mit den Plänen der Konterrevolution in Zusammenhang bringen, so will damit nicht



schloß sein, daß die Revolution von der Reaktion angezettelt sind. Aber sie werden von ihr ausgenutzt und mißbraucht. Die deutsch-nationale Post hat die Unruhen nicht ungerne zu sehen, wenn sie schreibt: „Von der Regierung Hilfe zu erwarten, hat man im Volke längst aufgegeben. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Selbsthilfe.“ Dieser Satz ist gesperrt gedruckt und gibt das Signal für die deutsch-nationalen Freunde. Und in Bremen hat man die Sache erfasst. Unser Bremer Parteiblatt berichtet zu den dortigen Unruhen: „Sein gekleidete „Herren“ ließen geschäftig wie ein Wiesel hin und her. Immer dort, wo die Unruhen am dichtesten waren, waren sie zu finden. Ich hörte die Worte, die hier und da fielen. „Die verdammten Händler und Juden sind schuld daran, daß alles so teuer ist!“ Andere ließen Worte fallen wie: „Man müßte sie alle aufhängen!“ „In den Warenhäusern, da liegt alles aufgestapelt, bei den verdammten Juden!“ „Also, Antisemiten, Judenhede, Pogromstimmung!“ — (Gegen ein Uhr in der Finkenstraße versuchte die Sippe (Sicherheitspolizei) die angestaute Menge weiterzutreiben. Ein besserer Herr in Zivil — der von Kriegsteilnehmern als Offizier erkannt wurde — rief der Sippe zu: „Schleicht doch hinein!“ Die Sippenbeamten waren so klug, diesem Offizierskommando keine Folge zu leisten. Ein Arbeiter, der den Zutritt gebietet hatte, fiel über den blutigen „seinen Herren“ her und verabschiedete ihn eine Tracht Prügel. Der Arbeiter — nicht etwa der „Herr“ — wurde daraufhin verhaftet.

Aus dieser kurzen Schilderung geht es ganz unabweislich hervor, daß die Reaktion die Lebensmittelunruhen mit Freuden begrüßt und sie nach Möglichkeit vergrößert und verschärft. Zu diesem Zwecke gehen Provokateure unter die Menge, die hegen und aufputschen. Pogromstimmung soll erzeugt werden. Das ist immer das untrügliche Zeichen der Konterrevolution. Eine erregte Ansammlung wird zum Sturm auf ein Warenhaus gekehrt, Militär schreitet ein, man provoziert einen blutigen Kampf und die Situation ist reif für den Belagerungszustand. Das ist das nächste Ziel. Man will die Notwendigkeit des Belagerungszustandes erweisen. Man braucht auf keinen der Konterrevolution aber auch ständige Unruhen, um in Spa der Entente beweisen zu können, daß Deutschland mit 100 000 Mann Reichswehr nicht auskommen könne, und letzten Endes sollen die Währungsregeln der Warenhäuser und die darauf einwirkenden Sicherheiten durch Militär und Polizei dazu dienen, den so heiß herbeigewünschten Linksputsch doch endlich auszuführen, damit die stolze Reichswehr und ihre Reserveladern, die „aufgeblähten“ Zeitschriften, als rettende Engel die Spieler vom „Bolschewismus“ befreien können. Das ist der tiefere Sinn der Lebensmittelunruhen und der Beteiligung von gutgekleideten Herren daran. Nicht nur in Bremen haben die Reaktionen ihre Spitze und Provokateure unter die Menge geschickt. Diese Heheret ist höchstwahrscheinlich planmäßig organisiert und das Klassenbewußte Proletariat hat alle Ursache, vor diesen dunklen Elementen auf der Hut zu sein.

Unser Berliner Organ, die Freiheit, schreibt zu den Lebensmittelunruhen: „Die Unruhen hat gewiß in der unerschämten Bewucherung der Konsumenten durch die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte ihren Ursprung, aber die bestehende Regierung wird von nichtswürdigen Elementen künstlich aufgestachelt. So sind im Dienste der Reaktion stehende Subjekte, die zur Winderung der Lebensmittelgeschäfte auffordern, damit die Reichswehr Gelegenheit zum Einschreiten bekommt und ihre Daseinsberechtigung nachweisen kann. Das Vorhandensein von Provokateuren ist nachgewiesen in Hamburg, Bremen und in Süddeutschland. Die linksstehenden Parteien haben mit den Unruhen nichts zu tun. Sie haben im Gegenteil die Bevölkerung sofort vor Ausschreitungen gewarnt, weil diese nicht das Mittel sind, der Teuerung abzuhelfen. Trotzdem hat die Reaktion teilweise ihr Ziel erreicht, dank der unterirdischen Wühlarbeit, die die von ihr abgehalften Lumpen verrichten. Angesichts der ersten Lage haben wir allen Grund, die Arbeiterschaft eindringlich vor Unbesonnenheiten zu warnen. Wer sich heute zu Währungsungen bergibt, bejagt, ob er es will oder nicht, die Geschäfte der Reaktion. Wir wissen genau, daß die Militärparteien ihre Pläne zu einem gewaltsamen Umsturz noch lange nicht aufgegeben haben. Sie sehen ihre Rüstungsarbeiten lieber fort, aber sie haben auch aus dem Kapp-Putsch gelernt, sie wollen nicht wieder den Angreifer machen, möchten diese Aufgabe vielmehr der Arbeiterschaft zuweisen und schiden gerade deshalb ihre Provokateure vor. Sie versuchen gegenwärtig auch wieder durch ihre Agenten der Arbeiterschaft Waffenangebote zu machen. Uns sind mehrere derartige Fälle bekannt geworden. Die Arbeiterschaft muß also auf der Hut sein, sie muß den Kopf nicht auf die Finger setzen.“

Bereits beginnt die bürgerliche Presse ihre Eigenoffensive gegen das Proletariat aufs neue und weiß täglich von neuen Putschplänen zu berichten. Die Lebensmittelunruhen werden den revolutionären Parteien an die Rockschöße geknüpft. Man arbeitet bereits an der geistigen Vorbereitung der konterrevolutionären Aktion, nachdem die militärische fast vollendet ist. Das Klassenbewußte Proletariat läßt sich nicht provozieren. Es weiß, daß die Zeit für uns arbeitet und daß der revolutionäre Befreiungskampf mit andern Mitteln geführt wird. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sieht auf ihrem absterbenden Ast und will das Proletariat zu unbesonnenen Handlungen verleiten, um ihre Gasenfrist noch ein wenig verlängern zu können. Das Proletariat wird warten, bis seine Zeit erfüllt ist; es wird bis dahin arbeiten, die Köpfe zu revolutionieren, die Herzen zu begeistern und sie zu erfüllen mit dem heiligen Feuer des Sozialismus, mit der glühenden Hingabe an den Menschheitsidee, die auch den Gedrückten und die in den Ketten der Unfreiheit verdelbet, und Kultur spendet, die den Hungernden Freiheit verleiht, deren Träger das revolutionäre Proletariat ist, gilt es zu arbeiten und zu kämpfen!

### Ein Kommunistenprozeß in Berlin.

Fünfter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung teilt Staatsanwalt Ortman mit, daß Doktor Teitel ihm in einem Briefe ohne Ortsangabe mitgeteilt habe, daß er vor Gericht als Zeuge erscheinen würde, wenn ihm freies Geleit und polizeilicher Schutz gewährt würde. Rechtsanwalt Weinberg hat Nachricht erhalten, daß der Redakteur Heinrich, dem gegenüber in Gegenwart Fridmanns ein gewisser Schreiber, der mit dem Spitznamen identisch sein soll, zugestanden hat, daß er den Mord an Frau Wegmann begangen habe, zur Zeit in Moskau wolle. Rechtsanwalt Weinberg erkundigt sich, ob die Staatsanwaltschaft für diesen

Entlastungszeugen und sein Erscheinen die gleichen Summen zur Verfügung stelle, wie für die Herbeiführung des Kronzeugen Schreiber. Der Staatsanwalt erklärt, es stehe ihm frei zu entscheiden, inwieweit eine Zahlung an den Zeugen Schreiber in Höhe von 4000 Mk. zu erfolgen hätte. Dr. Lieberich erklärt, daß es sich bei Schreiber um den glatten Kauf einer Auslage handle, wogegen der Staatsanwalt heftig protestiert. Mit Nachdruck weist Rechtsanwalt Weinberg darauf hin, daß durch die heutigen Erklärungen des Staatsanwalts der Eindruck bestärkt werde, als ob es von der Art seiner Auslage abhängt, ob Schreiber die 4000 Mk. erhält.

Es wird nun die Beteiligung des Spitzhalsen in den Berliner Januarkämpfen erörtert. Frau hatte es verstanden, sich zum Kommandanten von Bürgern zu machen und ludte die revolutionäre Befehlshaber beim Rat der Regierungstruppen zum Kampf bis aufs Messer aufzuwecken. Während die Arbeiter hingeholt wurden, verschwand Frau unter Mithilfe der Wächter der Befehlshaber in Höhe von mehreren tausend Mark. Aus den Akten wird festgestellt, daß Frau, damals im Namen der revolutionären Arbeiterschaft, ein Berliner Magistratsauto beschlagnahmt hat. Obwohl Frau den Berliner Gerichten als Missetäterin beim Aufbruch und Aufbruch bekannt war, ist eine Anklage gegen ihn nicht erhoben worden, weil er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nicht auffindbar sei. Aus den Akten wird weiter festgestellt, daß der Spitzhals Frau unter Drohung mit dem Gericht von einer militärischen Nachrichtenstelle 888 Mk. erpreßt habe, ferner daß Frau während seiner Münchner Tätigkeit von der verhafteten Eiserne Schar, zu der Leutnant Bachmann gehörte, ein Monatsgehalt von 500 Mk. bezog. In einem Schreibensbericht hat Frau behauptet, der frühere russische Gesandte in Berlin, Joffe, sei damit beschäftigt, von der Schweiz aus Krankheitsbakterien nach Deutschland zu importieren, mit denen die Kosakenregimentstruppen infiziert und vernichtet werden sollten. Ein zweiter Bürgenbericht des Frau beschuldigt Joffe, die Ermordung des französischen Reichsministers Mouring angezettelt zu haben. Der Wortführer stellt durch Befragen des Kriminalkommissars Trettin und aus den Akten die schändliche Tätigkeit des Ermordeten fest, wobei der Zeuge Trettin ausruft: Es besteht kein Zweifel darüber, daß Frau ein Lump war. (Beifall im Zuhörerraum, den der Vorsitzende rügt.)

Der Zeuge Wohl wird daraufhin mit den Kriminalkommissaren Trettin und Maack konfrontiert. Während die beiden Kriminalkommissare dabei bleiben, daß die damalige Auslage Wohls trotz seines Zusammenbruchs der Wahrheit entsprach, erklärt Wohl, daß infolge seiner damaligen festlichen Beschäftigung die früheren Angaben unrichtig seien und seine heutige Auslage zutreffend sei. Zeuge Rütcher erklärt, daß er die Bekanntschaft des Wohls zum Kanal getragen hat; auch er war in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende und Rechtsanwalt Weinberg machen den Zeugen vor sein Recht, die Auslage soweit zu verweigern, wenn er sich selbst beschuldigen würde, aufmerksam. Rütcher erklärt nur, sich an nichts zu erinnern. Eine Erklärung, ob er die Auslage machen oder verweigern will, gibt er nicht ab, da er aus den Befragungen nicht klug werde. Daraufhin wird von seinen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung auf seine Vernehmung verzichtet. Schneider Eulenberger wird aus dem Gefängnis vorgeführt. Eulenberger hat aus der Haft der Staatsanwaltschaft gegenüber sich bereit erklärt, die Akte Frau im Zeitraum von acht Tagen vollständig aufzuklären und dadurch die Aufhebung der Reichszentrale der KPD zu ermöglichen. Bedingungen waren Geld und Niederlegung der Reklamationsverfahren, die wegen unpolitischer Strafhandlungen gegen ihn schweben. In einem weiteren Brief hat Eulenberger den Angeklagten Hoppe und einen Kommunisten Kronbitter der Ermordung Frau beschuldigt, wobei er sich auf einen gewissen Schmidt aus München bezog, von dem er nähere Mitteilungen über die Mordtat erhalten habe. Diese Angaben hat Eulenberger vor dem Untersuchungsrichter geschworen. In der Hauptverhandlung erklärte Eulenberger, alle seine Angaben über die Frauaffäre seien vollständig erledigt, er habe nur den einen Wunsch gehabt, freizukommen und geglaubt, auf diese Art sich der Haft entziehen zu können. Seine Auslagen und seine Verteidigung habe der Untersuchungsrichter mit der Drohung erpreßt, er würde in der Frauaffäre als Angeklagter behandelt werden. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß er sich selbst des Meineids beschuldige, indem er seine beschworene Auslage als unwahr erkläre, erwidert der Zeuge: Ja, ich habe einen Meineid geschworen. Ich bin Kommunist und bin meiner Ueberzeugung treu geworden. Ich habe sehr charakterlos gehandelt und will diese Handlungswelle sühnen. Ich erkläre, daß ich gelogen habe, selbst wenn ich ins Zuchthaus komme. — Der Untersuchungsrichter, Landgerichtspräsident Wagnard, wird über die Glaubwürdigkeit der Zeugen Wohl und Eulenberger vernommen. Er habe die Auslagen für glaubwürdig gehalten. Es kann nicht die Rede davon sein, daß er die Auslagen des Eulenberger erpreßt habe. Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob er wisse, daß die verhaftete Spitzhalsin Schröder-Wahne in Männerkleidern den Angeklagten Hoppe im Gefängnis aufsuchen durfte und ihn hinauszulassen versuchte. Der Untersuchungsrichter befreit die Schröder-Wahne zu kennen. Einmal kam nur jemand in Soldatenuniform mit Welle zu mir und erhielt die Erlaubnis, den Angeklagten Hoppe zu sprechen. Rechtsanwalt Weinberg weist darauf hin, wie schwer es ist, selbst für die nächsten Angehörigen, die selbst für die Verteidigung, eine Sprecherlaubnis zu erhalten. Der Untersuchungsrichter müsse angeben können, auf Grund welcher „besonderen Empfehlungen“ der Schröder-Wahne die Sprecherlaubnis erteilt wurde. Rechtsanwalt Weinberg fragt weiter, ob dem Zeugen bekannt sei, daß die Schröder-Wahne sogar im Richterzimmer mit dem Angeklagten Hoppe gesprochen habe, und daß dieser Spitzhals in die Akten gehen würde zu einer Zeit, in der der Verteidigung diese Einsicht verweigert wurde. Der Untersuchungsrichter erklärt, mit seinem Wissen und Willen sei dies nicht geschehen. Kriminalkommissar Maack muß einräumen, daß die Schröder-Wahne auf seine Empfehlung im Gefängnis Zutritt erhalten habe. Der Untersuchungsrichter will erst nachträglich von dem Kriminalkommissar Maack erfahren haben, daß es sich um eine Frau in Männerkleidern handle und verweigerte später die Sprecherlaubnis. — Der Angeklagte Hoppe erklärt, daß die Schröder-Wahne ihn ohne Gegenwart des Beamten sprechen konnte, sie habe sich ihm als Genossin vorgestellt und ihm das Angebot gemacht, ihn aus dem Gefängnis zu befreien. Draußen seien Genossen, die ihm bei der weiteren Flucht helfen würden. Zur selben Zeit, wie aus den Akten hervorgeht, warnte die Schröder-Wahne die Polizei vor Befreiungsplänen der Kommunisten. Kriminalkommissar Maack: Es ist dies ohne mein Wissen geschehen. Die Schröder-Wahne hat ein ganz gemeines Doppelspiel getrieben. (Bravo im Zuhörerraum.)

Zeuge Kronbitter aus Lichtenberg war auf Denunziation Eulenbergers verhaftet. Er erklärt die Eulenbergerischen Angaben über seine Beteiligung an der Mordtat für erlogen. Er habe mit der Tat nichts zu tun. — Das Gericht beschließt, Kronbitter, Schmidt und Eulenberger zu verurteilen. Wohl bleibt wegen Verdachts der Mittäterschaft unverurteilt. Eulenberger verweigert die Eidesleistung, weil er befürchtet, wegen zweier Meineide verurteilt zu werden. Er bleibt dabei, daß seine befallenden Auslagen in der Voruntersuchung falsch waren, während er heute die Wahrheit beizubringen. Das Gericht verhängt über ihn 300 Mk. Geldstrafe.

Zeuge Deuschner macht eingehende Angaben über die Spitzhalsin. Er hat in Erfahrung gebracht, daß der Spitzhals Frau den Frau überführt hat und ihm das Material abkauft hat, welches Frau glaubte, der kommunistischen Partei zu verkaufen. Damit erfahren die militärischen Dienststellen, welche die Auftragsgeber des Stolz waren, die Gewissheit von dem Frauischen Doppelspiel und selbstem begannen von Seiten des Stolz eine Hebe neuen Frau, welche mit einem Schlüssel für die Wirtin ist. Nach der Ermordung Frau hat Stolz der Frau des Zeugen Deuschner einen Fakturaausweis über sechs Personen gebracht, damit die Täter flüchten könnten. Hieran erkannte Deuschner, daß er im Verdacht stand und von Stolz der Bekörde in die Hände gespielt werden sollte. Er schloß darauf ohne Hilfe des Stolz nach München. Hier wurde er verhaftet. Nach seiner Mitlieferung nach Berlin wurde auch ihm ein Spitzhals, namens Samson, in die Zelle gelegt, dessen

Angaben über seine Geständnisse völlig erlogen sind. Nichtig ist dagegen, daß der Zeuge unter dem Druck der kriegsgerichtlichen Untersuchung völlig zusammenbrach und dem Kriminalkommissar einige Angaben, so über die Wohnung Wohls und das Mitgehen des Hoppe machte. Der Zeuge hat sich über die Schwäche später die schwersten Gewissensbisse gemacht. Er hat hierüber auch verschiebentlich an seine Familie und an seinen Vertreter, Dr. Rosenfeld, geschrieben. Der Staatsanwalt versucht, die Beweise so auszulagern, als ob die Frau des Zeugen Deuschner sich nicht auf die Parteipresse, sondern auf die Ermordung Frau bezöge. Eine Auffassung, welcher der Zeuge energisch entgegentritt. — Die Vernehmung soll Donnerstag fortgesetzt werden.

### Reifge Munitionslager in Rönigsberg.

Das Reichswehrministerium hat bisher stets bestritten, daß es in Ostpreußen größere Mengen von Waffen und Munition angeliefert hat. Erst die Explosionskatastrophe auf dem Artilleriedepot in Rönigsberg bei Königsberg war notwendig, um die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen. Die Untersuchung über die Schuldfrage hat folgenden Bericht des Geheimen Ratsrats Prinzhausen zutage gefördert: „Das Artilleriedepot in Rönigsberg war in unverantwortlichem Umfang mit Munition und Pulver überlegt. Eine große Anzahl von Geschossmagazinen mit einer zulässigen Aufnahmefähigkeit von 30 000 Geschossen waren mit 120 000 Geschossen, also um 100 000 Geschossen überlegt. Zwei große Pulvergeschuppen, die in Friedenszeiten höchstens 10 000 Kilogramm Pulver enthalten durften, waren mit 200 000 Kilogramm Pulver, also zwanzigfach überlegt. Der Sicherheitsabstand der einzelnen Geschossmagazine genügt wohl für die normale Beladung mit 30 000 Geschossen, war aber für die um 100 000 Geschosse überlegten Magazine viel zu gering. Diese schon an sich bei der Überlegung viel zu geringen Sicherheitsabstände hätten unbedingt freigehalten werden müssen. Das ist aber schuldhafterweise nicht geschehen. Die ungeheuren, beim Artilleriedepot anfangenden Pulvermassen, darunter große Mengen besonders leicht explosiven russischen Beiepulvers, konnten in den Pulvermagazinen nicht mehr untergebracht werden und wurden nun in dem schon zu geringen Sicherheitsabstand zwischen den Munitionsmagazinen einfach im Freien aufgestapelt. Daß wahrscheinlich diese aus Naumannsangel im Freien liegenden Stapel von Pulver die Ursache der großen Ausdehnung des Unglücks bilden, hat auch das Reichswehrministerium in einem Schreiben vom 7. Mai 1920 ausdrücklich anerkannt. In diesem Schreiben geht das Reichswehrministerium von der unrichtigen Voraussetzung aus, daß die im Freien liegenden Stapel von Pulver zur Verwertung freigegeben werden sollen. Das war aber nicht der Fall. Diese allen Sicherheitsvorschriften hochnisprechende Lagerung im Freien war nicht bloß eine vorübergehende. Die Behörde hat es an der im Verleth mit Explosionsstoffen notwendigen und höchsten Sorgfalt fehlen lassen. Es ist daher auch nicht von Erheblichkeit, in welcher Weise sich das Pulver entzündet hat. Zweifellos ist dies die Hauptursache der Explosion.“

Dieser Bericht widerlegt alle Bemerkungsversuche des Reichswehrministeriums. In unverantwortlicher Weise, selbst unter Gefährdung der Sicherheit der Bürger, hat das Reichswehrministerium ungeheure Mengen von Munition in Rönigsberg aufgestapelt. Diesen geheimen Untrieben des Reichswehrministeriums sind nunmehr zahlreichere Menschen zum Opfer gefallen. Das Reichswehrministerium wird sich zu diesem Bericht noch äußern müssen.

### Das Ergebnis der Reichswahl Verhältnis der Parteien.

Das vorliegende Ergebnis der Wahlen zum Reichstag führt zu folgendem Verhältnis der Parteien untereinander:

Wahlberechtigte im Reich	30 577 844
Wahlbeteiligung	28 017 600 = 85 Prozent
Bürgerliche Stimmen	15 086 822 = 53,9
Sozialistische Stimmen	10 931 768 = 43,1

Die sozialistischen Stimmen betragen sich auf die

S. P. D.	5 814 458 = 51,28 Prozent	113 Abgeordnete.
U. S. P. D.	4 895 317 = 44,72	81
K. P. D.	441 998 = 4,00	2
10 931 768 = 100 Prozent		196 Abgeordnete.

Von den 496 Abgeordneten entfallen auf die bürgerlichen Parteien 270 Mandate. Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Mandate wie folgt: Zentrum 87, Deutschnationale Volkspartei 66, Deutsche Volkspartei 62, Demokraten 45, Bayerische Volkspartei 21, Hannoversche Volkspartei 5, Bayerischer Bauernbund 4. Die neue Regierung wird gebildet vom Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, die insgesamt 194 Mandate haben. Die neue Regierung wird also von einer Minderheit der bürgerlichen Parteien getragen.

Ergab die Wahl im Reich eine große bürgerliche Mehrheit, so liegen die Verhältnisse in Sachsen geradezu umgekehrt. Hier haben die sozialistischen Parteien die Mehrheit. Das Wahlergebnis in Sachsen ist folgendes:

Wahlkreis	Wahlberecht.	abgeb. gült. Stimmen	Wahlbeteilig.
31. Dresden	1 101 141	878 186	79,3 Proz.
32. Leipzig	731 682	686 042	87
33. Plauen	1 103 638	880 564	80
2 936 361		2 404 792	

Dabei entfielen die sozialistischen Parteien:

Wahlkreis	U. S. P.	S. P. D.	K. P. D.
31. Dresden	188 306	240 977	10 319
32. Leipzig	287 520	57 740	12 859
33. Plauen	153 558	283 052	82 044
600 384		581 778	105 222

Insgesamt sozialistische Stimmen 1 296 384 = 54,35 Proz. Bürgerliche 1 108 408 = 45,65

Die sozialistischen Parteien haben 187 976 = 8,7 Proz. mehr Stimmen

Mit Ausnahme von Leipzig ist die Wahlbeteiligung geringer wie im Reich. Die Schlussfolgerung aber, daß die Abstinentenpolitik der KPD auf die Wahlbeteiligung lähmend eingewirkt habe, trifft, wie die Wahlfüror des Plauerer Wahlkreises beweist, nicht zu. Hier ist die Zentrale der KPD und ihr verhältnismäßig harter Wählerzustrom strahlte dieser Auffassung Lügen.

Die endgültigen Zahlen zeigen, wie unendlich groß noch das Feld für die sozialistische grundsätzliche Aufklärung ist, deshalb ist die von der KPD zu leistende Arbeit noch riesengroß und jeder muß mit helfen, diese aufzuklärende Arbeit zu leisten.

### Eine bayrische Waffenfundung von Innsbrucker Arbeitern abgefangen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß zwischen den bayrischen und österreichischen Monarchisten zahlreiche Fäden laufen und daß die blauweißen Königsmacher ihren schwarzgelben Brüdern mit Waffenverbindungen helfen. Nun haben die Innsbrucker Arbeiter eine solche Waffenfundung erwischt und ihre Beschlagnahme veranlaßt. Das Prämonstratenserkloster in Wilten diente als Waffenlager. Das Lastauto wurde im



Hofe des Stiffts mit Waffen beladen und durch Bretter, Leere Weinfässer und mit einem Kinderwagen maskiert. Der Vizepräsident von Zuzi leitete den Transport persönlich. Vor dem "Königlichen Hofe" hielten unsere Genossen das Auto mit den bayrischen Liebesgaben an und liehen es von der städtischen Polizei beschlagnahmt. Es waren 455 Gewehre, 20 Rüstungen und eine Menge von Munition. Der Fahrer hatte einen Transportwagen, der im Namen der Landesregierung Erlaubnis gab, Waffen nach Jnst zu befördern. Dieser Transportwagen ist eigenmächtig vom Landesrat Dr. Richard Steidle ohne Befehl der Landesregierung ausgeführt!

### Aufhebung der Zwangswirtschaft — Einschränkung des Streikrechts.

Diese Forderungen stellt die Deutsche Fraktion des Reichstages an die Regierung. Sie hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln, mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch, unerschütterlich aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, um durch die Steigerung der Brotgetreide- und Milchproduktion die rasche Befestigung der gesamten öffentlichen Bewirtschaftung zu ermöglichen. Ferner beantragt sie, um das Verderben erheblicher Teile der Ernte zu verhüten und um die Volksernährung sicherzustellen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche Arbeitseinstellungen und Ausperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere während der Saat- und Erntezeit, vor Anruf der Entscheidung des zuständigen Schlichtungsausschusses verboten werden und terroristischen Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

### Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

Die farnose „Verankerung des Reichswirtschaftsrates in der Verfassung“ beginnt wirksam zu werden in dem Zusammenritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Die Unternehmer und ihre Trabanten haben den ausschlaggebenden Einfluss in dieser neuen Körperschaft. So zeigt es sich, daß nicht das Kabinett, wohl aber der Kapitalismus in der Verfassung verankert ist. Der Reichswirtschaftsrat ist die Schöpfung des Reichswirtschaftsrates vor. Er ist so gestaltet, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sein sollen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Lebenswürfe sollen von der Regierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat aber auch das Recht, selbst solche Gesetzentwürfe zu beantragen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erfüllt nicht einmal die Bestimmungen der Verfassung, sonst dürften in ihm nicht die Kapitalisten, sondern die Vertreter des Proletariats in der Mehrheit sein, entsprechend der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Arbeiterschaft. Die Mitgliederzahl des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beträgt 220. Man wird sich also auf große Redeschlachten gefaßt machen müssen. Daß aber für die Sozialisierung etwas von dieser Körperschaft geleistet wird, ist nicht zu erwarten.

#### Die erste Sitzung.

In der am Mittwoch stattgefundenen Eröffnungssitzung des Reichswirtschaftsrates hatte Reichsminister Brüning eine kurze Begrüßungsrede gehalten, in der er eigentlich nichts anderes sagte, als das, was in der Verfassung über den Reichswirtschaftsrat steht. Der vorläufige Rat habe die Aufgabe, den in der Verfassung vorgesehenen Reichswirtschaftsrat zu schaffen. Interessant ist, daß Herr Brüning diese neue Körperschaft mit den Ämtern und Gehältern des Mittelalters vergleicht, daß er in ihr also eine Art Ständetamem sieht.

Darauf nahm der Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Geschäftsordnung an. Es folgte die Wahl des Vorstandes.

Die Unternehmer schlugen den ehemaligen Unterstaatssekretär Eder von Braun vor. Es wurden 296 Stimmentel abgegeben, darunter 83 unbeschriebene. 228 lauteten auf den Namen von Braun. Unterstaatssekretär von Braun ist somit gewählt.

Nach einer kurzen Ansprache des neuen Vorsitzenden, in der er der Hoffnung auf Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens Ausdruck gab, wurde als Vertreter der Arbeiter der sozialdemokratische Abgeordnete Vogel mit 248 Stimmen bei 42 Stimmenthaltungen gewählt. Durch Jurate wurden auch 7 weitere stellvertretende Vorsitzende aus den einzelnen Gruppen gewählt, sowie 9 Schriftführer.

Es wurden ein wirtschaftspolitischer Ausschuss, ein sozialpolitischer Ausschuss, ein Geschäftsausschuss und ein Untersuchungsausschuss gebildet. Wie der Vorsitzende von Braun mitteilte, muß sich der wirtschaftspolitische Ausschuss wegen der Entsendung von Vertretern nach Spa möglichst bald konstituieren.

Eingegangen war ein Antrag Mittel, nach dem die Schließungen von Betrieben mit volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden als schwerwiegender Art verbunden sind, daß es unzulässig geboten erscheint, ihren Ursachen nachzugehen. Deshalb möge der wirtschaftspolitische Ausschuss in eine sofortige Prüfung der Frage eintreten und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschleunigung unterbreiten. — Der Antrag wurde dem wirtschaftspolitischen Ausschuss überwiesen.

Wie verlautet, wird der Reichswirtschaftsrat sich nach der Donnerstagsitzung verlagern und seine Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn die deutschen Vertreter aus Spa zurückgekehrt sein werden.

### Englisch-französischer Streit um die Entschädigungssumme.

Genf, 28. Juni. (T.M.) Im Anschluß an die Konferenz von Boulogne ist es zwischen der englischen und französischen Presse zu einer Auseinandersetzung gekommen über die Festsetzung der deutschen Kriegsentchädigung und ihre Verteilung unter den Alliierten. Es ergibt sich aus dieser Polemik, daß England es für unmöglich hält, Deutschland eine Entschädigung, zumuteten, die über den Betrag von 105 Milliarden hinausgeht. In London befreitet man aber auch, daß Frankreich nach den bestehenden Abmachungen 55 Prozent dieser Summe erhalten soll. Die Londoner Mänter geben zu verstehen, daß Lloyd George gar nicht das Recht hat, einen derartigen Prozentsatz ohne die Zustimmung der übrigen Alliierten festzusetzen.

### Die Unruhen in Italien.

#### Der Streit um Albanien.

In der Kammer wiederholte Salitti, Italien werde keine Truppen nach Albanien senden. Ein mit mehr als nur militärischen Vollmachten versehener Diplomat habe sich am Dienstag nach Albanien begeben, um mit der albanischen Regierung zu unterhandeln. Zu den Ereignissen in Ancona sagte Salitti, daß die Regierung nicht zu hart mit den Aufständischen verfahren werde. Secolo berichtet über neue Zwischenfälle in verschiedenen Städten der Romagna. In Forlì haben die Demonstranten eine Brücke gesprengt. In Cesena wurde ein Soldat getötet. Zwischen Polizei und Demonstranten kam es in Rimini zu heftigen Zusammenstößen. Schwere Verletzungen waren die Tumulte in Terni. Hier sollen außerordentliche Elemente nach einer sozialistischen Versammlung das Lokal einer bürgerlichen Versammlung angegriffen haben, wobei es 4 Tote und 11 Verwundete gab.

Nach dem Corriere della Sera hat sich die Lage in Oberitalien bedeutend gebessert. In Ancona ist die Ruhe wieder hergestellt.

Die Unruhen sind ausgelöst durch die zweideutige Haltung der Regierung zur albanischen Frage. In Ancona sollen die Versagler gemeutet haben. Der von der sozialistischen Parteileitung vorgeschlagene Generalkrieg soll von den Gewerkschaften abgelehnt worden sein. Die Nachrichten sind noch recht widersprüchlich. Es muß abgewartet werden, bis zuverlässige Meldungen vorliegen.

### Ein Aufruf der Sozialisten.

Mailand, 20. Juni. Der Avanti veröffentlicht einen Aufruf der italienischen sozialdemokratischen Partei und des italienischen allgemeinen Arbeiterbundes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, erinnert an die von der Regierung gegebene Zusicherung, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut den Ruf: „Hände weg von National Arbeiter und Soldaten! Haltet euch bereit und reißt euch vor einem neuen Kriege die Hände, beantwortet einen neuen Krieg mit dem Ruf: Revolution!“

### Die türkische Antwort auf die Friedensvorschläge.

Paris, 20. Juni. Temps berichtet, daß die Antwort der türkischen Friedensdelegation auf die Friedensvorschläge 40 Seiten umfasse. Die türkische Regierung erkläre die neuangelegten Staaten wie Polen, Südspanien und die Tschechoslowakei an, ferner als unabhängige Staaten Syrien, Mesopotamien und Palästina sowie Armenien und Mesopotamien und das Protektorat Frankreichs über Tunis und über Marokko. Die türkische Regierung verzichte auf alle Rechte und Privilegien auf Arabien und die Inseln des Dodekanes. Sie erkläre das englische Protektorat über Ägypten an, ferner die freie Schifffahrt auf dem Suezkanal, die englisch-ägyptische Verwaltung über den Sudan und die Annexion von Cypern an England. Die Türkei verzichte auf ihre Rechte auf die großen Inseln im Ägäischen Meer. Um die Sicherheit Konstantinopels zu gewährleisten, verlangt die türkische Regierung u. a. die Begrenzung der Zahl der ausländischen Kriegsschiffe, sie verlangt ferner, daß Ost-Turkeien in den Grenzen, die es vor dem Kriege hatte, unter türkischer Oberhoheit verbleibe und daß Smyrna und die angrenzenden Gebiete von den griechischen Truppen geräumt werden. Sie will aber zugestehen, daß drei Jahre hindurch Truppen der alliierten Großmächte diese Gegend besetzen. Maßregeln zum Schutze der Minoritäten ist die türkische Regierung anzuerkennen bereit.

### Polnische Erfolge?

Helsingfors, 20. Juni. (T.M.) Nach dem letzten Frontbericht aus Warschau werden die bolschewistischen Angriffe auf der ganzen Ostfront mit großer Heftigkeit fortgesetzt. Ein entscheidendes Ergebnis wurde jedoch bisher nicht erzielt. An der Nordfront erlitten die Bolschewisten nach zweitägigen Kämpfen eine empfindliche Niederlage bei Tschernia. Die Verluste der Russen waren groß. Heftige Kämpfe um die Stadt Waranka verließen ebenfalls zugunsten der Polen. Ukrainische Abteilungen haben in Ostpolen die feindliche Front durchbrochen und bedeutende Vorteile errungen.

### Stoßung in den russisch-finnischen Verhandlungen.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge sind die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands von den Russen abgelehnt worden, da die Russen das Recht zur freien Benutzung der finnischen Buchdruckereien verlangen. Die Verhandlungen sind auch hinsichtlich der Grenzfrage in eine Sackgasse geraten. In gleicher Weise dürfte es auch mit den Waffenstillstandsverhandlungen gehen. Es verbleiben nur noch die wirtschaftlichen Fragen, die, wie man hofft, im Laufe dieser Woche vorgelegt werden sollen.

### Deutschland.

#### Baden für teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Die Beratungen des Landtagsausschusses über die Zwangswirtschaft stützten zu dem Ergebnis, daß nur noch die Zwangsbewirtschaftung von Milch, Butter, Brotgetreide, Getreide, Zucker und für Brennstoffe (Kohlen und Holz) für notwendig befunden wurde. Für die übrigen Artikel wurde die absolute Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert, ebenso die sofortige Befestigung der nicht mehr notwendigen Kriegsgesellschaften.

#### Beschlagnahme von Abstimmungsunterlagen durch die Polen?

Der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet: Nach Ermittlung eines in Neupolen anfallenden Vertrauensmannes der deutschen Schutzmission für die Grenz- und Auslandsdeutschen sind die Anmeldungen der Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hände der Abstimmungskommission in West- und Ostpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsunterlagen richtig abgeholt worden, aber nur ein Fünftel davon ist in die Hände der Empfänger gelangt, die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze oder auf der letzten Poststation von den Polen beschlagnahmt worden.

#### Der Rückzug eines Kapittens.

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. Riewe, hat sein Aufschlagsgesetz einmündlich. Bekanntlich war auf Antrag der Unabdinglichen gegen Dr. Riewe ein Disziplinarverfahren anlässlich seines Verhaltens während des Kampfes eingeleitet worden, das aber nichts Befriedigendes ergeben hat. Daraufhin war eine Verfassung des Oberpräsidenten, Wiedererhebung des Oberbürgermeisters in sein Amt, erlangt. Dr. Riewe steht es aber vor, nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren.

#### Deutsch-tschechische Abkommen.

Auf Grund der in der zwischenstaatlichen Kommission, die von der Tschechoslowakei und der deutschen Regierung eingeleitet worden war, in Prag abgehaltenen Beratungen sind vorläufig unter Vorbehalt drei Abkommen getroffen worden, und zwar ein Wirtschaftsabkommen, ein Vertrag über die Staatsbürgerrechte und ein Abkommen über die Durchführung des Art. 297 (Liquidation) des Friedensvertrages von Versailles.

#### Die Volksabstimmung in Oberschlesien. Der Alliierten-Rat hat die Volksabstimmung in Oberschlesien auf die zweite Oktoberwoche festgelegt.

Keine Verschiebung der Abstimmung in Ostpreußen. Der polnische Vorschlag, den Termin der Abstimmung in West- und Ostpreußen zu verschieben, ist der Frankfurter Zeitung zufolge von den Alliierten abgelehnt worden. Es bleibt also dabei, daß die Abstimmung am 11. Juli erfolgt.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Zur Lage in Persien.

Die Times meldet aus Teheran: Die Streitkräfte von Ruffski Khan, dem Vetter der persischen Sultanzregierung, rücken von Rebat in das Gebiet von Masanderan entlang der Südküste des Kaspischen Meeres vor. Ihre Absicht ist, Teheran unter Umgehung der britischen Stellung von Raswin zu erreichen. — Weiter wird berichtet: Der Eintritt des Ministerpräsidenten Wiffut-el-Daulah ist veranlaßt durch die Unmöglichkeit, die für die Befestigung erforderlichen Gelder zu beschaffen, sowie durch die Entwicklung, die die Dinge in Nordpersien genommen haben. Der Ministerpräsident habe vor beinahe zwei Monaten einen Plan ausgearbeitet, wonach alle verfügbaren Streitkräfte zu einer Expedition gegen Nord-Persien vereinigt werden sollten, und habe England um die Finanzierung des Unternehmens erlucht. Doch sei bisher eine Antwort nicht eingegangen. Inzwischen habe sich die Lage durch Anschluß Dikansalts an die Bolschewisten noch verschlimmert.

Der Daily Telegraph erzählt, die Verhandlungen zwischen der persischen und der Sowjet-Regierung über die Abgrenzung des persischen Gebiets seien vollkommen selbgeschlagen.

### Die Tschechoslowakei fordert die Volksabstimmung im Teschener Gebiet.

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Benesch, hat gestern an die Volksabstimmungskonferenz einen offiziellen Bericht über den Standpunkt des tschechoslowakischen Parlaments in der Teschener Frage abgegeben. Darin wird festgestellt, daß sich beide Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten einstimmig für die Durchführung der Volksabstimmung in dem Gebiete von Teschen, Arva und der Zips ausgesprochen haben.

### Belgiens Entschädigungsanspruch.

Rotterdam, 20. Juni. Der Weißer Korrespondent des Nieuwe Rotterdamse Courant erzählt von zuverlässiger Seite, daß Belgien als Mindestentschädigung die Summe von 10 Milliarden Frank fordern wird.

### Ein russisches Volkskommissariat für den Außenhandel.

Nach einem Telegramm des Petri Parissen aus Helsingfors hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, durch das das Volkskommissariat für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt wird. In Zukunft wird niemand mehr das Recht haben, Handelsverträge zu unterschreiben, ohne dazu von diesem Kommissariat ermächtigt zu sein. Dieses Dekret hat somit die unbedingte Kontrolle der Sowjets über den Warenaustausch und den Außenhandel zur Folge.

### Frankreich als „Mitarbeiter“ der Türkei.

Auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Blum antwortete Mitterand: Wir sind in Syrien und wir weigern uns, Syrien zu verlassen. Wir sind dort nicht als Feinde der Türkei, sondern als ihre Mitarbeiter, um gemeinsam die wirtschaftlichen Reichtümer zu entwickeln, die noch nicht zur Ausbeutung gelangt sind. Die Kammer nahm die Erklärung Mitterands mit 478 gegen 83 Stimmen an.

### Die englische Regierung und die irische Frage.

In einer Rede in Belfast sagte Lord French, die englische Regierung wünsche Irland das größte Maß von politischer Freiheit zu geben, sie werde aber niemals und unter keinen Umständen Vorschläge ihrer Gehör sehen, die auf die Errichtung einer irischen Republik oder die Ausübung von Zwang gegen Ulster abzielen. French fragte, ob die Sinnfeiner die letzte Vorstellung davon hätten, was ein Krieg mit dem britischen Reich für sie bedeuten würde. Die Regierung werde nicht aufhören in ihrem Bestreben, mit friedlichen Mitteln eine Veröhnung herbeizuführen. Sollte sie aber unglücklicherweise gezwungen werden, scharfe Mittel anzuwenden, so würde sie nicht zögern, alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu gebrauchen, um das erforderte Ziel zu erzielen.

### Lloyd George über die irische Frage.

Bei der Beratung des Home-Rule-Gesetzes im Unterhause betonte Lloyd George gestern, daß es bei der gegenwärtigen Stimmung in Irland keinen Vorstoß gebe, der gleichzeitig für das englische und für das irische Volk annehmbar sei. Er zweifle nicht an einer Besserung der öffentlichen Meinung in Irland, aber eine solche Besserung könne erst eintreten, wenn die Irländer sich klar machen, daß keine Partei in England bereit sei, Irland mehr zu geben als das, was ihm durch die gegenwärtige Regierung geboten werde, und daß die Amerikaner ihnen keine Hilfe bei ihrem Streben nach einer unabhängigen irischen Republik gewähren würden.

### Selbstverwaltung für die schwedisch sprechenden Gebiete Finnlands haben die schwedischen Mitglieder des finnischen Reichstages gefordert.

In Frage kommen die drei finnischen Reichskreise Åland, Åland und Ostbotten. Zunächst wird die Vereinigung der schwedisch sprechenden Landschaften zu einem gemeinsamen Verwaltungsgebiet verlangt.

### Dänemark und Nordschleswig. Der Landsting hat das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark einstimmig angenommen.

Es wird in Kraft treten, sobald die formelle Übertragung der Souveränität über die erste Zone an Dänemark durch die Entente stattgefunden hat.

### Der neue Kohlenvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei tritt nach tschechischen Blättern am 1. Juli in Kraft und wird bis zum 31. Dezember 1920 gelten.

Die von Deutschland zu liefernde Kohlenmenge beträgt wie bisher 4000 Tonnen schlesische Steinkohle, wogegen Deutschland 4000 Tonnen Rheinischer oder Pfälzer Steinkohle und 101 000 Tonnen Braunkohle und Koks, hiervon 15 000 bis 20 000 Tonnen aus Niederschlesien, erhält.

### Verpackung der ungarischen Eisenbahnen und Fabriken an Frankreich? Der Präsident der Ungarischen Kreditbank ist nach Paris abgereist, um dort die Verhandlungen wegen Verpackung der ungarischen Eisenbahnen, Eisenwerke und Geschäftsfabriken an ein französisches Konfortum zu führen.

### Kohlenausfuhrverbot aus Amerika. In Anbetracht der großen Kohlenknappheit sind sämtliche zur Veranschaffung von den Vereinigten Staaten nach Europa bereitliegenden Kohlentransporte beschlagnahmt worden. Es soll damit der Bedarf der britischen Städte und Industrien sichergestellt werden.

### Freigabe des Lebensmittelhandels in Frankreich. Der französische Handelsminister Jnae erklärte in der Kammer Sitzung, daß die gesamten Lebensmittel mit Ausnahme des Getreides demnach für den Handel freigegeben werden.

### Annexion Kameruns durch Frankreich? In der Finanzkammer erklärte der französische Kolonialminister Sarraut auf eine Anfrage, daß die Regierung das Mandat über Kamerun in eine Annexion zu verwandeln gedenke.

### Von Nah und Fern.

#### Explosion durch Blitzschlag.

München, 1. Juli. (T.M.) In Rosenheim ist vorgestern Abend gegen 7 Uhr der Blitz in die Pulverfabrik von Winterholter, wobei ein Teil der Einrichtung gleich in die Luft flog. Darauf erfolgte eine Reihe kleinerer Detonationen und gegen 8 Uhr eine gewaltige Detonation in der Hauptanlage, die diese vollständig zerstörte und gleichzeitig in der Stadt tausende von Fensterscheiben zertrümmerte. Gegen 10 Uhr abends dauerten die Detonationen noch immer an. Inzwischen ist die ganze Anlage durch Sicherheitswehr abgesperrt worden. Wegen der zur Zeit noch bestehenden Gefahr ließ sich noch nicht feststellen, ob Menschen verunglückt sind.

#### Milionschuldungen und Unterschlagungen.

T.M. Eilen, 1. Juli. Der Leiter des Offener Flüchtlingslagers Wudra, dem von Reichs wegen sämtliche Flüchtlingslager im Reich unterstellt sind, hat umfangreiche Unterschlagungen und Schiebungern verübt. Die verschobenen Waren, Anzüge, Kartoffeln und Lebensmittel erreichen eine Höhe von drei Millionen Mark. Wudra wurde verhaftet.

Verantwortlich für den ideationellen Teil: Albert Fichte in Leipzig.

Verantwortlich für den literarischen Teil: Friedrich Pillner, Verlagsbuchhandlung, Leipzig.

### Sühneraugen? ?

Da gibt nur Kukuruz, das glänzend bewährte Mittel. Auch gegen Schwindeln, Drogenhau u. Wagnen mit bestem Erfolg anzuwenden. Preis 2,50 Mk. In allen Apotheken und Drogerien erhältlich. Konta Salomo-Apothek.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Freitag, 2. Juli, abends 7 Uhr, Funktionär-Sitzung im Volkshaus. Die Bezirksvertreter.

## Asphalteure und Pappdecker.

Sonnabend, den 3. Juli, abends 8 Uhr: Ausserordentliche Generalversammlung im Volkshaus (Gartenfaal). Tagesordnung:

1. Wahl der Ortsverwaltung.
  2. Stellung zur Antwort der Arbeitgeber auf unsere eingereichte Lohnforderung.
  3. Verschiedenes.
- Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Der Vorstand.

## Gegen Haarausfall

Schuppen, dünnes Haarwuchs

## Heilemanns Haarbalsam

ein hervorragendes Mittel. Ein Versuch überzeugt Sie! Einführungspreis 8.— M. Verkauf u. Verl.: Bayerischer Platz, Ecke Münz. Str. Institut für Haarleiden.

## Raucher dank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verbessernd. Ansknt. umsonst.

## Institut Englbrecht

München 8, Kapuzinerstr. 9

## Haut-, Geschlechts- u. Hormel.

vora. nern. Schwäche behand. Dr. med. Dorl, nicht approbiert. Mittel naturw. Gefell. Leipzig, Kurfürststr. 8, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

## Schuhwaren.

solid u. elegant kauf. Sie bei Christian Eichel, Altnachdamer, Diestaustraße 11. Eigen. Reparaturwerkstatt.

## Mähtung!

Serge, schwarz, la., m. 92 Mtr. Sid. 69 Mtr., 130 breit, Armetutter, la., m. 34 Mtr., Grüd 32 Mtr., 100 breit, Dementuch, la., 85 breit, m. 18,70 Mtr.

## Starke, Leipzig.

Vindenthaler Str. 1a, pari.

## Grö. Gelegenheitskauf!

In Papierbogen m. Weinbesug. (für. West. & Ostlich), f. Knaben, Jünglinge, Damen u. Herren, Stehkränze u. Umlegkränze, weiß u. bunt. Ddb. 3.—4,50. Dr. Otto Friedrich Nachl., Nordstr. 25.

## Fahrräder 1. Mark.

neu u. wie neu vorgerichtet, für Herren, Dam. u. Kinder

## Decken u. Schläuche

Nielsen ausw., allerbill. Fr. Beyer, Marktstr. 33. Steinmen

## Möbeltransporte

Hans Eitner

Gegr. 1866. Leipzig, Köfcherstr. 11/13. Stadt- und Fern-Transporte. Nur gute Ausführrung. Aufbewahrung. Fernruf 13500 u. 20310.



Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung Tel. 14122 Windmühlenstr. 42 Ganz ohne Geld erhalten Sie bei Abgabe von 10 Pfund Zeitungspapier 2 Pfd. frische Seefische zum Kochen oder Braten 1 Pfund Spelsen-Würze, 1/2 Pfund Tafel-Senf Alle Sorten Seefische Einzelheitspreis 1 Pfund 2.00 M ohne Kopf 2.50 M Gratis auf 3 Pfd. Seefische 1/2 Pfd. Tafel-Senf u. 1 Pfd. Spelsen-Würze (Gesäß mitbringen).

## Hast Du schon

meine selbstgemachte Zigarette für 80 Pfg. von mir probiert? Leutzsch Gustav Schmidt Hauptstraße 87.

Zigaretten kaufen Sie vorteilhaft und billig alle Sorten in der Zigaretten-Großhandlung Heinrich Monderer, Kirchstraße 94.

## Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

### Turn-Vereine

**Teilnehmer zum Bezirks-Turnfest in Eilenburg.** Die Mitglieder des Bezirks, sowie Angehörige und Gäste, welche das Bezirks-Turnfest in Eilenburg besuchen, und die Extrazüge benutzen wollen, müssen sich bis zum 8. Juli bei ihrem Vereinsvorsitzenden gemeldet haben. Voraussetzliche Abfahrt: Hauptbahnhof Sonnabend abends 8 Uhr und Sonntag früh 7 Uhr, Rückfahrt gegen 10 Uhr abends ab Eilenburg. — Auf zum Bezirks-Turnfest am 17. und 18. Juli. Der Bezirksvorstand.

**Burghausen. Freie Turnerschaft.** Sonnabend und Sonntag, den 3. und 4. Juli 1920, 10. Stiftungsfest. — Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen. Der Turnrat.

**Gaucha. Neuer Turnverein.** Sonnabend, 3. Juli, Stiftungsfest verbunden mit Ball. Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr, Halb-jahres-Generalversammlung. Sonntag, den 11. Juli, Schanturnen. Zu diesen Veranstaltungen erwartet das Erscheinen aller. Der Turnrat.

**Leipzig. Turnverein Mde.** Freitag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Generalversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Vereinsangehörigen erwartet. Die Vereinsleitung. NB. Turngenossen und Turngenossinnen! Unsere Karte am 18. und 18. Juli lautet: „Auf zum Bezirks-Turnfest nach Eilenburg!“ Unsere 15. Gründungsfest findet am 28. und 29. August statt. D. D.

**L.-Löbnig. Turnverein Mde.** Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr, Halb-jahres-Generalversammlung im Stern. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Anträge, 3. Neuwahl, 4. Vereinsangelegenheiten. (Zu 2: Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.) Anträge sind bis 6. Juli schriftlich beim Vorstand einzureichen. Erscheinen aller ist Pflicht. Der Turnrat.

**Turn- und Spielplan:**  
Montag: 7-8 Uhr Mädchen-Abteilung  
7-8 Uhr Damen-Abteilung  
Dienstag: 7-8 Uhr Knaben-Abteilung  
7-8 Uhr Allgemeine Abteilung und Altersriege  
Mittwoch abends: Sohlen auf der Wiese  
Donnerstag: 7-8 Uhr Mädchen-Abteilung  
7-8 Uhr Damen-Abteilung und Altersriege  
Freitag: 7-8 Uhr Knaben-Abteilung  
7-8 Uhr Allgemeine Abteilung  
Sonntag vormittags: Spielen auf der Wiese

**Nordgruppe.** Sonntag, den 4. Juli, auf den L.-Gohlis, Turn-, Spiel- und Sportfest. Sportlicher Wettkampf, Massenfreiläufe, Geräteturnen, Wettspiele, Stafettenläufe. Beginn vorm. 7 Uhr und nachmittags 4 Uhr. 1/3 Uhr vom Rückauskunft ab Freitag. — Die Arbeiterschaft des Nordens ist freundlichst eingeladen.

**Baumdorf. Freie Turnerschaft.** Sonnabend, den 3. und Sonntag, den 4. Juli 1920, 22. Stiftungsfest. Sonnabend Großer Fußball im Alten Gahhof, Baumdorf. Anfang 6 1/2 Uhr. Sonntag Großer Turn-, Sport- und Spielplatz auf dem Berensfeldplatz am Schönefelder Bahnhof. Anfang 6 Uhr morgens. Alle Freunde u. Gönner herzlich willkommen. Der Vorstand.

**L.-West. Freie Turnerschaft.** Sonntag, den 4. Juli, früh 8 Uhr, Lindener Markt, Abmarsch nach Bad Nauort. — Mittags 12 1/2 Uhr, Ecke Calpistrasse, Abmarsch nach Burghausen zum Besuch des Brudervereins. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Berichte der Verwaltung, 2. Anträge, darunter betr. Beitragserhöhung, 3. Wahlen, 4. Verschiedenes. Wir erwarten rege Teilnahme. Der Turnrat.

**Zwenkau u. Umg. Turnverein.** Freitag, 2. Juli, Stadtplatz Leipzig. — Sonnabend, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Halb-jahres-Generalversammlung im Gahhof am Goldenen Bäumen. Anträge hierzu sind 8 Tage zuvor schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Der Turnrat.

### Arbeiter-Athleten-Bund

**Kreis Sachsen.** Sonnabend, den 3. Juli, und Sonntag, den 4. Juli, Kreisfest. — Sonnabend Großer Varieté-Abend und Kommerz im Volkshaus, großer Saal, ausgeführt von erstklassigen Artistenruppen des Kreises. — Darauf Fußball, Anfang 6 Uhr. Eintritt 1.10 M. Sonntag: Wettkampf im Gahhof Reulstadt, Kirchstraße. Stemmen, Ringen, Leichtathletik und Wüsterliegen, ausgetragen von sämtlichen Athleten Casiens. Anfang früh 8 Uhr: Stemmen u. Leichtathletik; Nachm. 2 Uhr: Ringen u. Wüsterliegen. Darauf Fußball. Eintritt 1.10 M. — Freunde und Gönner des Sports laden hierzu ein. Die Wettstreitleitung.

### Verband Volksgesundheit.

Sonnabend, den 3. Juli im Goldenen Adler, L.-Lindenau Sommer- und Kinderfest. Von abends 8 Uhr an Ball. Nachmittags 2 Uhr Abmarsch des Festzuges vom Vereinslokal Stadt Altenburg. Um künftigen Besuch bittet D. V.

### Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. Ost. Sonntag, den 4. Juli, Kinderfest. Nachmittags 2 Uhr Abmarsch mit Musik vom Sühnenhaus, Sellenhausen. Bei unabhätiger Witterung findet das Fest im kleinen Saale der Drei Möhren statt. Recht zahlreiche Beteiligung wünscht D. V.



# Lebensmittel

Rangoon-Voll-Reis	Pfund 575
Patna-Voll-Reis	Pfund 600
Brasil-Bruch-Reis	Pfund 4.50
Bohnen, Rangoon weisse, handverlesen	Pfund 135
Erbsen grüne	Pfund 190
Erbsen gelbe, halbe, geschälte	Pfund 240
Harzer Stangen-Käse	Pfund 6.50
Holländischer Honigkuchen	1/2-Pfund-Paket 535

# Obst-Weine

inkl. Flasche, exkl. Steuer

Waldmeisterbowle	1/2-Liter-Flasche 780
Heidelbeerwein	1/2-Liter-Flasche 1020
Johannisbeerwein	1/2-Liter-Flasche 1020
Schloss Dryburg Cabinet	1575
Schloss Dryburg Gold	1675

## Deutscher Holzarbeiter-Verein

Zahlstelle Leipzig  
Bureau I, Viktorie-Hotel, 2. Etage, Zimmer 19 bis 18, 20 und 24. Bureau II, 9 bis 12 Uhr mittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends durchgehend 9 bis 12 Uhr. Tel. 3407.

## Barfettleger.

Freitag, den 2. Juli 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeitszeitverkürzung, 2. Gewerkschaftliches. — Erscheinen aller ist Pflicht. Die Branchenleitung.

## Fabrik- und Modelltischler.

Sonnabend, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café links, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Metallindustriellen vor dem Schlichtungsausschuss, 2. Gewerkschaftliches. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller nötig. Die Branchenleitung.

## Anschläger.

Sonnabend, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5 Versammlung. Tagesordnung: 1. Aussprache über die Arbeitsvermittlung in unserer Branche, 2. Gewerkschaftliches. Die Branchenleitung.

Bevor Sie heiraten, müssen Sie in Ihrem eigenen Interesse die Wichtigkeit eines erkrankten Vaters bedenken: „Das Liebes- und Geschlechtsleben des Weibes in gefunden und kranken Tagen“ von Dr. med. H. Höhn, Leipzig 1918. Was diesem, dem streng sittlichen Standpunkt aus geschriebenen Werke des berühmten Vaters können Sie Gesundheit und Zufriedenheit für Ihren Lebenslauf von unerschütterlichem Wert sein. Preis dieses circa 200 Seiten starken, mit vielen Illustrationen versehenen Werkes 5.95 Mark fr. — Nur zu beziehen von W. H. Schwarze's Verlag, Dresden-N. 450.



## Reise-Taschen

aus prima Rindleder und starkem Segeltuch Eigene solide Fabrikate Grösste Auswahl . . . . . Billigste Preise Karl Blaich Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16 Koffer- und Lederwaren-Fabrik.

## Metallarbeiter-Krankenkasse L.-Ost.

Sonnabend, den 3. Juli, im Rassenhof, Anger, Bernhardtstrasse 28, von 5 bis 9 Uhr: Delegierten-Wahl. Um 7 Uhr: Jahresversammlung. Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung. Mitgliederbuch mitbringen.

Verzollte einwandfreie Auslandsware la gelanz. hoher fetter Speck per Pfund 18.— bis 19.— je nach Qualität, bei täglich große Posten ob Leipziger Lager abzugeben Großabnehmer Sonderofferte! Anton Kahlert Kolonialwaren- u. Lebensmittel-Großhandlung L.-Gohl., I., Magdeburger Str. 11, Tel. 59127

## Kamillen

sowie sämtliche Arznei- u. Heilkräuter kaufen Eichhorn & Vogel L.-Schleus., Adelsstr. 12, Annahme im Hof.

## Wanzen

sicheres Mittel König-Salomo-Apoth.

## Erfinder

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen. erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos. Pigott & Hübscher Breslau 5/246

## Billiger Brotaufstrich

Hergestellt aus: Apfel, Birnen, Johannisbeeren und Himbeeren mit Sirup gesüßt . . . . . à Pfd. 3.— M. ff. Birnen-Sirup . . . . . à Pfd. 6.— M. empfiehlt

## Konservenfabrik Friedrich Hörig

Detailverkauf: Lindonau, Leutzscher Straße 14 und Leipzig, Peterssteinweg 16, Ladeneingang Härtelstr.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezi. Ost. Die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft finden regelmäßig Freitags, abends 7 Uhr, im Goldenen Ring, Glodenstraße 4, statt.

Ortsverein Gohlis. Freitag, abends 8 Uhr: Wichtige Funktionärfrühung im Kioskhaus. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Stützerk. Die Obliegenheiten der Elternräte und alle Beisitzer werden ersucht, sich morgen abend in der Filiale der Leipziger Volkszeitung einzufinden zur Entgegennahme von Material.

Funktionäre Selterhausen. Sonnabend, 7 Uhr: Sitzung Restaurant Krone. Erscheinen unbedingt notwendig.

Ortsverein S.-Ost. Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr: Rechtschule.

Tausch. Heute abend nach der öffentlichen Versammlung wichtige Sitzung der Parteifunktionäre mit der Stadtverordnetenfraktion.

Matkowitz. Freitag, den 2. Juli, abends 6 Uhr: Schlussführung (Abrechnung) im Volkshaus, Zimmer 8. Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Ein Nachspiel vom März-Generalstreik.

Der Rat der Stadt hatte den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, in der er die Zustimmung zur Klage gegen den Genossen Friedrich Geyer verlangte, weil dieser in den Märztagen 1919 im Auftrage des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates von Leipzig Oberbürgermeister eine Anweisung über die Auszahlung von 400 000 M. verfaßt hatte.

In einer wirkungsvollen Rede zeigte Genosse Schönig, daß damals der A- und S-Rat Behörde war, der sich auch der jetzt so starke Professor Herz gehorcht hätte, wenn er befohlen worden wäre.

Bei der Abstimmung lehnte das Kollegium mit 32 gegen 30 Stimmen ab, gegen Friedrich Geyer die Klage zu erheben. Die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums hat sich damit zu der Auffassung bekannt, daß die Gegenwart andre Aufgaben hat als die, mit Prozessen gegen Revolutionskämpfer vorzugehen.

Die unerschwinglichen Fleischpreise.

Die alte Koalitionsregierung (Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum) hat in ganz unverantwortlicher Weise die Viehpreise erhöht, so daß selbst Landwirte darüber erstaunt sind.

Die durch die Erhöhung der Produktionskosten notwendig gewordene Erhöhung der Schlachtviehpreise hat in vielen Kommunalverbänden zu einer ungerechtfertigt hohen Festsetzung der Kleinhandelsfleischpreise geführt.

Table with 2 columns: Meat type and Price per pound. Includes items like Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch with prices ranging from 8.15 to 11 M.

nicht aber solche von 10 M. oder gar 11 M. Diese Preise lassen sich weiter herabsetzen, sobald die Häutepreise wieder anziehen; diese stehen wieder über den angegebenen Mindestpreisen.

Vom Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

Die hiesige Ortsgruppe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am 29. Juni im großen Hörsaal des Psychiatrischen Instituts eine öffentliche Sitzung ab, in der der Geschäftsführer der Gesamtgesellschaft, Dr. Köhlermann-Berlin, einen populären Vortrag über Das Vorkommen und den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten hielt.

Der Vortragsstoff war dermaßen überfüllt, daß sehr viele Ohnmachtsanfälle besonders weiblicher Personen vorkamen, die überhaupt ein ganz besonderes Interesse an dieser Veranstaltung zeigten.

Ratsbeschlüsse.

Ortsrat für Leipzig. Entsprechend dem von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 18. Juni d. J. gestellten Antrag wurde beschlossen, nach den Richtlinien der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 3. Mai d. J. für die Stadt Leipzig einen aus allen Kreisen der Bevölkerung zu bildenden Ortsrat zu bilden.

Zu den Arbeiterentlassungen. Dem Antrage der Stadtverordneten, in Fragen der geplanten Arbeiterentlassungen einen gewissen Ausschuss zu bilden, wurde nicht beigetreten, sondern beschlossen, soweit bereits gemischte Ausschüsse bestehen, diesen die Entscheidung zu überlassen.

Deutsche Turner wach auf!

Ein Arbeiterturner schreibt uns: Der Arbeiter-Turn- und Sportbund Deutschlands hat seit Zusammenbruch des deutschen Militarismus im November 1918 seine Mitgliederzahl gegenüber dem Friedensstand mehr als verdoppelt und zählt heute über 350 000 Anhänger.

Wo steht Leipzig und Umgebung? Mehrmals ist auch hier schon der Versuch gemacht worden, die deutschen Turner aufzuklären, doch erfolglos. Deutsche Turner und Sportler, wo gehört ihr hin? Habt ihr vor kurzem in dieser Zeitung den Artikel Schädlinge gelesen?

Und zum Schluss: „Das deutsche Heer rückt aus, alle guten Geister mögen mit ihm sein, Gott selbst, der Schlachtenwaller, möge es segnen auf seinem blutigen Wege. Die frommen Gebete, die heißen Wünsche derer, die zu Hause bleiben, begleiten die Tapferen, die jetzt hinausziehen, sie fassen in sich: Heil dem Kaiser, Heil dem deutschen Heere, Heil der deutschen Flotte, Segen den deutschen Waffen.“

So haben die Führer der deutschen Turnerschaft gejubelt, als der Krieg ausbrach, dieser Kulturvernichter, der so maßloses Elend über das arbeitende Volk gebracht hat. Die deutsche Turnerschaft, wie alle bürgerlichen Sportverbände, waren bis zum Zusammenbruch Deutschlands monarchistisch und reaktionär.

Der Aufbau des Volkshauses schreitet vorwärts. Nach Fertigstellung der Massivdecke des zweiten Stockwerks wird nunmehr die des dritten in Arbeit genommen. Damit rückt der Zeitpunkt näher, der die endgültige Entschleunigung über Fassade und Aufbau oder über den äußeren Einbruch des Heims der Leipziger Arbeiterschaft bringen muß.

Da es sich um das Heim der Arbeiter und dessen würdige Ansehens handelt, legt die Verwaltung Wert darauf, daß recht viele Genossinnen und Genossen die Ausstellung besichtigen und sich ein Urteil darüber bilden, wie trotz allem das „Volkshaus“ wieder errichtet werden soll.

Eine Verleumdung. Aus den Kreisen der Arbeitersportvereine wird uns geschrieben: In der Morgenausgabe vom 26. Juni 1920 veröffentlichte die Leipziger Neuesten Nachrichten unter der Spitzmarke: „Das Einzigerleben der Arbeiter“ eine ihrer üblichen Denunziationsartikel gegen die Arbeiterschaft.

Die Mitglieder der Städtischen Theater und des Gewandhausorchesters haben aus Anlaß der bevorstehenden Besoldungsreform an die Stadtverordneten eine Eingabe gerichtet, in der sie gegen ihre Einreihung in die Gehaltsklasse 7 protestieren.



Zukunft auf die händigen Theaterfreikarten zu verzichten. Ferner wird das Stadiorchester um 14 Mann verringert, woraus auf das einzelne Mitglied eine bedeutende Mehrbelastung fällt.

**Elternabend in der 42. Volksschule, Freisenstraße, Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr.** Der Elternabend wird sich beschäftigen mit dem Thema: Berufswahl der Konfirmanten. Es ist Pflicht aller Eltern, im Interesse der Kinder diesen Abend zu besuchen.

**Elternabend der 7. Volksschule zu L. Connewitz, heute, abends 8 Uhr, spricht in der Knabenturnhalle Herr Lehrer Trobisch über Berufsberatung.**

**Elternratswahl in der 48. Volksschule am 9. Juli von 4 bis 8 Uhr.** Einreichung der Wahlvorschlüge mit neun Vorschlägen, darunter die Namen von drei Frauen, und fünf Unterschriften bis 2. Juli an den Vorsitzenden des Wahlausschusses der 48. Volksschule, Leipzig-Schleußig, Könnertstraße.

**Das Resultat der Elternratswahl in der 15. Volksschule Neuhald.** Wahlberechtigt waren 1865. Stimmen wurden 975 abgegeben. Die Liste der NSP erhielt 584 Stimmen = Mandate. Die unpolitische Liste betrug 278 Stimmen = 4 Mandate. 13 Stimmenzettel waren ungültig.

**Herabsetzung des Margarinepreises.** Der Preis für Margarine, den der Reichsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette erhebt, ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. Juli 1920 an von 21 Mk. auf 16 Mk. je Kilogramm herabgesetzt worden.

**Schaffung eines direkten Welt-Ölverkehrs durch das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet.** Auf Einladung der Handelskammern Breslau und Frankfurt a. M. — Danzig fand am 29. Juni im Saal der vormalsigen sächsischen Staatsbahnverwaltung auf dem Hauptbahnhof unter dem Vorsitz der Handelskammer Leipzig, wie man uns schreibt, eine bedeutungsvolle Tagung statt. Zur Erörterung stand die Frage der Schaffung eines Welt-Ölverkehrs durch Deutschland unter Anschluss an die bestehenden außerdeutschen Zugverbindungen. Vertreter waren u. a. sämtliche sächsische Handelskammern sowie die Handelskammern und Stadtverwaltungen von Weimar, Frankfurt a. M., Breslau, Erfurt, Wiesbaden, Mainz, München, Bayreuth und Schweidnitz. Nach einer Aussprache, in der, einflussreich der Zusammensetzung der Versammlung, die bestehenden Verkehrsverbindungen nach jeder Richtung erörtert wurden, fasste die Versammlung einstimmig folgende Entschlüsse: Die Versammlung fordert je eine durchgehende Schienenverbindung mit kleinerer Achslast mit 1. bis 3. Klasse auf den Strecken Wiesbaden — Mainz — Frankfurt a. M. — Erfurt — Weimar — Dresden — Breslau sowie Wiesbaden — Mainz — Frankfurt a. M. — Weimar — Hof — Weimar — Dresden und München — Dresden — Breslau möglichst bei Taar mit Anschlüssen einerseits an die ausländischen Verbindungen, andererseits an die anschließenden Inlandsstrecken.

**Zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen** schreibt man uns: In der Nacht vom 4. zum 5. Juli müssen etwa 200 auswärtige Ost- und Westpreußen, die am 5. Juli mit Sonderzügen nach der Heimat fahren, um bei der Volksabstimmung für die Deutschhaltung ihrer Heimat einzutreten, in Privatquartieren untergebracht werden. Wir hoffen, daß sie in anderen Städten, so auch hier ein jeder ein einfaches Quartier mit Frühstück zur Verfügung stellen wird. Angebote an das Rote Kreuz, Leipzig, Hauptbahnhof (Fernsprecher 10121) erbeten! Vereinigung Ostpreußen, Geschäftsstelle für Volksabstimmung, Dietrichstraße 20, Fernruf 77 und 10710.

**Aufbringung des einmaligen Fernsprechtsbeitrags.** Die Oberpostdirektion schreibt uns: Es sind Klagen darüber laut geworden, daß zahlreiche Fernsprechtellnehmer Schwierigkeiten haben, den einmaligen Beitrag zum Ausbau des Fernsprechnetzes (1000 Mk. für einen Hauptanschluß und 200 Mk. für jeden Nebenanschluß) aufzubringen. Die Schwierigkeiten lassen sich beheben. Dem Vernehmen nach schweben bereits beim Reichspostministerium Verhandlungen mit gemeinnützigen Unternehmungen, die bereit sind, das Geld auf Antrag zu einem mäßigen Leihzins von etwa 8 v. H. der Telegraphenverwaltung für die Teilnehmer zur Verfügung zu stellen. Sobald die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird weiteres logisch bekannt gegeben werden.

**Die Zentrale für Jugendberufshilfe** schreibt uns: Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß nächsten Freitag, 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Schwurgerichtssaal, Hartorfstraße, wieder eine größere Helferversammlung stattfindet, in der unser Herr Herr Krause vom Arbeitsamt über „Erwerbslosenfürsorge“ sprechen wird. Da es für die Helfer der Zentrale besonders wichtig ist, darüber Kenntnis zu erlangen, bitten wir um zahlreiches Erscheinen.

**Städtische Fach- und Fortbildungsschule für Mädchen.** Das Schulanfänger schreibt uns: Um vielfach herrschende Unklarheit über die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber und Dienstherren verpflichtet sind, ihre Angestellten, Arbeiterinnen und Hausmädchen zum Besuch der Fortbildungsschule anzumelden und ihnen die nötige Zeit zum Besuch der Schule einzuräumen. Die Schülerinnen sind sofort nach Antritt der Stellung, nicht erst auf Wohnung durch die Schule anzumelden, wenn sich nicht die Arbeitgeber und Dienstherren in der in § 8 des Ortsgesetzes, betr. die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen zu Leipzig, angedrohten Strafe aussetzen wollen.

**Arbeiterbildungs-Institut.** Am Freitag, dem 2. Juli, abends 7 Uhr, findet in Papa Kleiner Puppenstraße eine Extravorstellung für die Volkswanderbünde statt. Es werden auch Karten an andere Besucher abgegeben. Geöffnet wird die Jauderinsel. — Am Sonntag, dem 4. Juli, abends 7 Uhr, ist die Erstaufführung des neuen Stückes „Der graue Wolf“.

**Sonnenwendfeier der sozialistischen Proletarierjugend.** Eine grüne Wanne, in der Geld, Schlüssel usw. waren, ist bei der Feiern verlorengegangen. Es wird ersucht, sie im Bureau des Arbeiterbildungs-Instituts, Straußstraße 17, abzugeben.

**Singbüchsenausstellung.** Die Ausstellung „Gefederte Sänger und Auser im Wechsel des Jahres“ die täglich von 9 bis 12 und 3 bis 8 (Freitag bis abends 9) Uhr unentgeltlich besichtigt werden kann, ist am Sonntag von 1/11 bis 2 Uhr zum letzten Male geöffnet. Führungsvorträge finden noch statt Freitag um 8 und 1/8 Uhr, Sonnabend um 5 Uhr.

**Knochen- und Kleinfleischverkauf.** Schellenberger-Platz auf alle Nummern von 3 Uhr ab Wurst, Pfund 8 Mk., Müller-Goschke von 10-11 Uhr Nr. 1-125 zum Höchstpreis, Schellenberger-Richtstraße von 2 Uhr ab auf alle Nummern Fleisch, Pfund 7.50 Mk., Hoffmann-Wächterstraße von 1 Uhr ab auf alle Nummern Wurst, Fleisch, 7.50 Mk., Blutwurst, 6 Mk. und Knoblauchwurst 8 Mk. das Pfund.

**Schlachthof, Schwanm II.** Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rinderulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Beiwürfel.

**Lebensmittelliste für Freitag, den 2. Juli.**

- Für Haushaltungen.**  
Anmeldung. Schweinefleisch: abzugeben Marke V der neuen Landesfettkarte Reihe 30 (250 Gramm); Fettmarke 9 für Kriegsgesangene (50 Gramm).  
Ausgabe. Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: Leichter Tag — bestellt mit H 4, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittelkarten 1, 2, 3, 4.  
Nahrungsmittel für Schwangere: Leichter Tag — bestellt mit SN 4 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere usw.  
**Für Händler.**  
Fleisch: Martenabgabe.

### Polizeinachrichten.

P. Der falsche Zucker- und Mehlbesorger! Trotz der an dieser Stelle sehr oft ausgesprochenen Warnungen finden Betrüger und Betrügler immer und immer wieder leichtgläubige, die Vorläufer auf zu besorgende Waren zahlen, um dann zu erfahren, daß Gauner ihre Spiel mit ihnen getrieben haben. Ein besonderes Glück im Auffuchen derartiger Kundschaft hat die seit einigen Tagen in Haft befindliche, am 26. 2. 1899 in L. Plagwitz geborene

Arbeiterin Marie Wehner, die teils unter ihrem eigenen, teils unter angenommenen Namen auftrat. Sie hatte richtig erkannt, daß sie mit Zucker und Mehl glänzende Geschäfte machen werde, und bot diese Waren denn auch, wo es möglich war, preiswert — das Pfund erst zu 2.50 Mk., später für 3 Mk. — zum Kauf an. Nach den Berichten gegen die Wehner bei der Kriminalabteilung vorliegenden Angaben hat sie meist kleine Leute, sogar Bekannte, betrogen. Um die Sache glaubhafter zu machen, ließ sie sich Säckchen aushändigen, meist natürlich — das war ja die Hauptsache dabei — das Bestellte im Voraus bezahlen. Die Säckchen, darunter auch einige Kopfschneidmesser, warf sie fort, das Geld verbrauchte sie. Sonst noch Geschädigte wollen sich recht bald bei der Kriminalabteilung melden.

### Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner, Wehrgruppe. Sonntag, 4. Juli, 10 Uhr: Wärsch vom Lindener Markt nach Bad Wärschberg; mittags 12 Uhr: Wärsch von der Gade Gadebühlstraße nach Wärschberg zum Besuch des Bräuervereins. Montag, 5. Juli: Allgemeine Turnfeste der Altersgruppen in der 44. Volksschule, Lindenau, Demmeringstraße. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Generalversammlung, Sonntag, den 8. Juli, 4 1/2 Uhr: in Saal des Lindenau. L. Lindenau: Vereinsabend; Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 14. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 19. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 20. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 27. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 30. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 31. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 2. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 3. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 5. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 6. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 7. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 8. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 9. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 14. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 15. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 16. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 17. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 19. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 20. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 21. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 22. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 23. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 24. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 25. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 26. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 27. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 30. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 3. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 5. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 7. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 8. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 10. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 11. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 12. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 16. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 17. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 18. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 21. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 23. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 25. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 27. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 29. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 1. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 9. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 16. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 18. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 21. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 23. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 30. November, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 3. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 11. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 21. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 22. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 23. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 24. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Samstag, den 25. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Sonntag, den 26. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Montag, den 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Dienstag, den 28. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Mittwoch, den 29. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Donnerstag, den 30. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten. Freitag, den 31. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Probe zum Bezirksfesten.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Aus der Volkskammer.

##### Kurze Anfragen — Landeswahlgesetz.

Da, bevor die Volkskammer verlagert wird, noch die wichtigsten Vorlagen erledigt werden sollen, arbeiten die Ausschüsse mit Eifer. Die Beratungen sind auf äußerste Beschränkung und meist von kurzer Dauer. Gestern fanden zunächst einige kurze Anfragen auf der Tagesordnung.

Nach den noch gültigen Bestimmungen des alten Volksschulgesetzes von 1878 müssen Lehrpersonen bei ihrer Verheiratung ihren Dienst aufgeben. Auf eine Anfrage, ob die Regierung gewillt sei, diesen der neuen Reichsverfassung widersprechenden Zustand zu beseitigen, erklärte Geheimrat Dr. Wolf, daß beschlossen sei, die Frage durch Reichsgesetz zu regeln. Die sächsische Regierung habe vorläufig angeordnet, daß Lehrerinnen im Falle ihrer Verheiratung auf Widerruf als Vikarinnen weiter beschäftigt werden.

Eine deutsche Anfrage betraf die Maul- und Klauenseuche. Ministerialdirektor Dr. von Hübel antwortete dazu aus: Seit Anfang März grassiert die Maul- und Klauenseuche in Bayern und ist auch in Ostpreußen, Posen und in Schlesien ausgebreitet. Wir haben die Bestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes und alle Vorkehrungsregeln beizeiten angewandt. Daher war Sachsen bis Mitte Mai d. J. nahezu seuchenfrei. Die Seuche ist dann aber einseitig von weiden und nahm zu, so daß verheerende Wurzeln seit Anfang Juni in Anwendung gebracht sind. Bis jetzt sind in Sachsen 170 Gemeinden und 392 Geflügel verheert. Ganz seuchenfrei sind die Amtshauptmannschaften Delitzsch, Ansbach und Dresden-M. In Sachsen hat die Ausbreitung nachgelassen, auch ist die Seuche sehr milde verlaufen. Todesfälle sind kaum noch zu beklagen.

Eine dritte Anfrage beschäftigte sich mit der schlechten Brotversorgung. Sie befaßt sich zwar zunächst nur mit Dresdner Verhältnissen, aber sowohl die Begründung als auch die Antwort der Regierung sind bezeichnend für den Tiefstand der Ernährung und für die äußerst mangelhafte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel. In der Begründung wurde gesagt: Die ausreichende Brotversorgung des Gemeindevorstandes Dresden und Umgebung ist andauernd durch die Reichsgetreidestelle verabsäumt worden. Trotzdem der Gemeindevorstand Dresden das Brotmehl mit 20 Prozent Ersatzmitteln (Kartoffelmehl, Gerstemehl, Weizenmehl), fehlen an den 80 Prozent Getreidemehl, die die Reichsgetreidestelle zu liefern hätte, gegenwärtig 10 000 Doppelpentner. Infolge dieses Rückstandes müssen die Dresdner Bäcker unbeschäftigt in kleinsten Posten eingehendes Mehl verarbeiten, das bald aus Rathenow, bald aus Steintz, bald aus Ostpreußen eintrifft. Diese zugewiesenen, aus allen Winkeln zusammengeführten Mehlreste sind erklärterweise von einer Beschaffenheit, daß sie höchstens in kleinen Mengen gutem Brotmehl beigegeben zum Brotbacken verwendbar sind. Gemischt mit dem Suppenmehl, das nach Auslage der Landwirte zum Viehfutter ungenutzt ist, ergeben sie ein Gebäck, das als Lebensmittel nicht anerkannt werden kann; deshalb haben die Darmkrankheiten in den letzten Wochen erschreckend zugenommen. Weizengebäck, das in den benachbarten Kommunalverbänden jedermann auf Brotmehl erhält, wird im Gemeindevorstand Dresden nur gegen ärztliches Zeugnis als Krankegebäck abgegeben. Und nicht einmal die Herstellung des Krankegebäcks ist den Dresdner Bäckern seit 10 Tagen in dem erforderlichen Umfang möglich. Der Unwille der Bevölkerung über das gesundheitsgefährliche Brot und den Mangel an Krankegebäck richtet sich sächsischerweise gegen die Bäcker und Brotfabriken, die jeden Tag eine explosive Entladung des allgemeinen Unwillens zu befürchten haben. Die Bemühungen des Landeslebensmittellandes, die angrenzenden Kommunalverbände, die als Lebensmittellieferanten ein taugliches Brot und Weizengebäck ihrer Bevölkerung bieten, zu einem Ausgleich mit dem Gemeindevorstand Dresden zu veranlassen, waren ergebnislos. Die Reichsgetreidestelle lehnt es ab, dem sächsischen Landeslebensmittelland die Befugnis zu erteilen, einen derartigen Ausgleich zu erzwingen, einen Ausgleich, der neben einer ausreichenden Versorgung eine wesentliche Verbesserung des Brotes durch Wegfall der Transportkosten und der teuren Streckungsmittel herbeiführen würde.

Aus der Antwort des Regierungsreferenten ging hervor, daß schon seit dem Februar besondere Schwierigkeiten in der Ver-

orgung ganz Sachsens bestehen. Alle Vorkosten hätten nicht zu durchgehender Mithilfe geführt, weil die Reichsgetreidestelle nicht über genügend Vorräte verfüge. Im letzten Sonnabend sei aber erklärt worden, die Krise könne als überwunden gelten, da die Lieferungen von Auslandsgetreide wieder aufgenommen seien. Im übrigen sei auch damit zu rechnen, daß von der diesjährigen Zandernte bald Mengen eingehen, die „Frühbrunnenaktionen seien im Gange“. Das heißt: Unstätt endlich mit neuen Mitteln einzugreifen und eventuell das Getreide zu beschlagnahmen, zählt man den Landwirten wieder Frühbrunnenaktionen, die natürlich wieder eine Verwertung des Brotes zur Folge haben. Bei der Reichsregierung soll nachdrücklich verlangt werden, daß den Kommunalverbänden eine Menge für 10 Wochen als eiferer Bestand überwiesen wird. Von der Landesstelle ist ferner dafür gesorgt, daß ein Ausgleich zwischen den Gemeinden stattfindet.

Außerdem stand noch der Entwurf eines Landeswahlgesetzes zur ersten Beratung. Die Vorlage hält sich an die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes, die fast wörtlich übernommen sind. Die wesentliche Abweichung besteht in der Verteilung der Abgeordnetenstellen. Während im Reich eine Stimmenzahl von 60 000 für jeden Abgeordneten vorgeschrieben ist, die Zahl der Abgeordneten also schwankend sein kann, ist die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nach dem sächsischen Entwurf auf 84 (jetzt gehören der Kammer 96 Mitglieder an) festgesetzt, so daß die Zahl der für den einzelnen Abgeordneten abzugebenden Stimmen schwankend ist und jedesmal berechnet werden muß. Eine grundsätzliche Bedeutung hat diese Frage nach Einführung der Verhältniswahl nicht. Auch der Begrenzung auf 84 Sitze kann man zustimmen, da diese Zahl bei der Reduzierung des Aufgabekreises der Kammer völlig ausreicht. In § 8 ist eine kleine Änderung der Reichstagswahlkreise vorgesehen. Es sollen sich die drei Wahlkreise mit den Kreisauptmannschaften bedarf, was sehr nicht der Fall ist. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß das Reich die gleiche Änderung trifft, was wohl ohne weiteres anzunehmen ist.

In der Aussprache erklärte man sich im großen und ganzen mit der Tendenz des Entwurfes einverstanden, wünschte aber im allgemeinen noch verschiedene Sicherungen. Der Rechtssozialist C. K. hatte das Bedürfnis, im Hinblick auf die kommenden Wahlen das sozialdemokratische Programm recht augenfällig in den Vordergrund zu rücken. Er ging in seinem Elfer sogar soweit, die Frage, ob 86 oder 84 Abgeordnete gewählt werden sollen, zu einer wichtigen Prinzipialfrage zu machen.

Für unsere Fraktion sprach Genosse Müller, der besonders darauf hinwies, daß der Entwurf genau die jetzt in Sachsen geltende Wahlordnung einige Verbesserungen enthält, die befreit werden müßten. So zum Beispiel die im § 5 vorgesehene Karenzzeit von einem Jahr und die Festsetzung der Grenze für die Wählbarkeit auf das 25. Lebensjahr. Unser Redner trat dafür ein, daß die bisher gültigen Bestimmungen wieder hergestellt werden, nach denen jeder Wahlberechtigte auch wählbar ist.

Die Vorlage wurde schließlich an den Verfassungsausschuss verwiesen.

#### Die Erhöhung der Renten in der Invalidenversicherung.

Durch das Gesetz vom 20. v. M. sind die Invaliden-, Kranken- und Altersrenten um monatlich 10 Mk. mit Wirkung vom 1. Juli an erhöht worden. Die Empfänger dieser Renten müssen also bei der nächsten Rentenzahlung mit Quittungen erscheinen, die auf die Höhe der Erhöhung monatlich 5 Mk. und die Quittungen müssen demnach auf den Betrag der Rente nebst 15 Mk. Zulage lauten. Wenn die Quittungen nicht richtig ausgefüllt sind, müssen sich notwendig bei der Auszahlung Weisungen ergeben. Keinen Anspruch auf diese Rentenerhöhung haben insbesondere die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen, die demnach auf Grund des kürzlich verkündigten Reichsversorgungsgesetzes ganz bedeutend höhere Bezüge erhalten als bisher. Sie bekommen aber bis zum Jahresabschluss noch die früheren Rentenzulagen. Demnach haben die Kriegsinvaliden die Quittungen wie bisher über den Rentenbetrag nebst 20 Mk. Zulage und die Kriegswitwen über den Rentenbetrag nebst 10 Mk. Zulage auszustellen. Wenn ihnen auf Grund von Quittungen über einen höheren Zulagenbetrag dieser bei der Post ausgezahlt werden sollte, würde das zu viel gezahlte bei der nächsten Zahlung abgezogen werden. Durch das Gesetz vom 20. v. M. sind auch für die Waisen, die nicht Kriegsinvaliden sind, Rentenzulagen von monatlich 10 Mk. eingeführt worden. Diese Zulagen werden aber erst ausgezahlt, nachdem die Empfangsberechtigten besondere Nachricht von der Landesversicherungsanstalt zugegangen ist, und zwar nachträglich für die Zeit vom 1. Juli ab. In ihre Quittungen ist also bis zum Empfang dieser Nachricht nur der Monatsbetrag der Rente selbst einzustellen.

#### Zum Schutze der Mieter.

Das Ministerium des Innern folgende Bekanntmachung erlassen: Auf Grund der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 28. September 1918 in der Fassung des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 wird mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet, daß im Bezirk des Wohnungsvorstandes der Amtshauptmannschaft Dresden-Mitstadt und in den Stadteingemeinden Dresden, Großhain, Markneukirchen und Weitzsain, sowie in den Landgemeinden Coswig, Weinböhlen, Oberhain, Gröba und Lausa die zwangsweise Räumung einer Wohnung in der Zeit vom 1. Juli bis 15. August 1920 nicht erfolgen darf, wenn der betroffene Wohnungsinhaber durch eine Bescheinigung der Gemeindebehörde nachweist, daß er bei Durchführung der Räumung wohnungslos werden würde.

#### Sindermann schwer erkrankt.

Der rechtssozialistische Volkammerabgeordnete Sindermann ist an einem Schlaganfall schwer erkrankt.

### Aus der Umgebung Leipzigs.

#### Bezirksauschuss.

Dem Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig lagen in seiner letzten Sitzung eine große Reihe von Gesuchen um Genehmigung der eingereichten Anträge zu Gemeindefestsetzungen vor. Es handelte sich in der Hauptsache um Steuererhöhungen, oder um nachträgliche Genehmigung zur Erhebung von Einkommensteuer für das erste Vierteljahr 1920. Mit Rücksicht auf die finanzielle Schwierigkeit, in der sich die Gemeinden befinden, wurden alle Gesuche genehmigt. — Gegen die Offenheit der Gemeinderatsitzungen in Quasitz lagen Bedenken nicht vor. Zustimmung fanden weiter acht Wählerberechtigungsgesuche der Gemeinden Dörfelau, Dörfelau, Böhlitz-Heuberg, Zwickau, Quasitz, Seebitz, Knauthain und Sommerfeld.

Damit war die vorgesehene Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt. Aber für die nichtöffentliche Sitzung waren noch zwei außerordentlich wichtige und die Öffentlichkeit interessierende Gegenstände vorgesehen: Die Bekämpfung der Wohnungsnot und die Arbeitslosenfrage. Genosse Dehnbart beantragte, diese Punkte öffentlich zu behandeln, was dem auch geschah. Zur Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot war Regierungsrat Dr. Dertel als Referent bestellt. Er stellte die vorhandene Wohnungsnot im Bezirk nicht in Abrede, folgte aber hinzu, daß sie nach den gemachten Beobachtungen im Leipziger Bezirk nicht so traurige Formen angenommen habe wie in anderen sächsischen Bezirken, und zwar dank dem Entgegenkommen der Bevölkerung und der Tätigkeit der Behörden. Nach Hervorhebung der allgemein bekannten Gründe der Wohnungsnot (der verringerten Bauaktivität steht eine um so größere Nachfrage nach Wohnungen infolge der vielen Geflüchteten gegenüber) behandelte der Referent







Die Steine.

Von Konrad Voelke.

Wenn der Redakteur Gottlieb von diesen Ueberlegungen seines Schwagers gewohnt hätte, würde er mit dem Erfolg seines Besuchs nicht zufrieden gewesen sein. Aber er hatte in Unbehau auch den mathematischen Sinn gewertet. „Zwei Millionen kräftige Leute“, rechnete der Alte, „sind allein durch diesen Krieg vernichtet worden. Durchschnittlich würde jeder von den Gefallenen noch 20 Jahre gelebt haben. Das macht 40 Millionen Arbeitsjahre. Nimmt man nach allem Geldwert nur 1000 Mt. Jahresverdienst im Durchschnitt an, so wären das 40 Milliarden. Wenn man nun aber 2 Millionen arbeitsfähiger Krüppel und Idioten wie meinen Hans im Vaterlande zählt? Das wären auch 40 Milliarden, aber Verlust. Das sind fürchtbare Zahlen.“

Tatsächlich schützte ihn bei seinen Ueberlegungen ein inneres Grausen, und er erzwang, was die von ihm geleistete Arbeit wohl wert sein möchte. Dabei sah er sich in seinem Lohne um. Der Handel mit diesem alten Gemümpel war an sich wertlos. Aber die alten Bücher hatten manchem zu billigen Bildungsmöglichkeiten verholfen. Das war immerhin etwas. Es war ja auch nur eine Nebenbeschäftigung. Seine Hauptarbeit war seine Sammlung. Und diese war ohne Zweifel produktiv, weil sie zum Besten der Allgemeinheit geschah. Jetzt lag sie freilich nutzlos in Schränken verborgen, aber einmal sollte sie jedem offenstehen, Kinder und Erwachsene sollten sich an ihre belehren und Freude an der Natur bei der Betrachtung gewinnen. Vor allen Dingen würde das Lebenswert seines berühmten Onkels greifbar gewissermaßen verewigt werden. So war sein Vermögen, das er ohne Verdienst ererbt hatte, gut angelegt. Wenn er nur nicht der Vater eines blöden Sohnes gewesen wäre! Diese Vaterchaft hob seine übrigen Verdienste völlig auf.

Mitten in seinen Gedankengängen wunderte er sich über sich selbst. „Bin ich denn ein Nationalökonom oder ein Philosoph? Ich, der alte Christian, habe früher gesammelt, und damit gut. Ich hatte gar keine Zeit zum Nachdenken. Immerhin ist das Denken ein natürlicher Menschenrecht. Gottlieb hat mich so verrückt gemacht. Er hat mir meine Seelenruhe genommen. Was wollte er denn mit seinem Gerede von dem Privatvermögen, das jetzt aufgehäuft werden soll, zum Nutzen des Vaterlandes? Gottlieb ist ein gescheiter Mensch und schreibt fast täglich lange Aufsätze. Er ist von Beruf zum Denken da. Aber so blödsinniges Zeug, wie das vom Privatvermögen, kann man doch gar nicht denken!“

Auf einmal wurde er miträusch. „Sollte er persönliche Vorteile verfolgen? Vielleicht trachtet er danach, mich zu beerben? Er ist doch selber nicht arm! Nein, ich muß mich über diesen Argwohn schämen.“

Aber er war ruhig geworden. Er stellte Betrachtungen über die Tätigkeit seines Schwagers an: „Als designationaler Zeitungsmann arbeitet Gottlieb rein für das Vaterland, und zwar geistig. Geistesarbeit fürs Vaterland ist an sichlichem Wert unübertrefflich. Aber Gottlieb ist ein Monarchist und er rühmt das Privateigentum als Reichtumsanker. Hierin kann ich ihm nicht folgen. Ich muß diese Ansichten sogar für höchst verwerflich halten.“

Das Bild eines freien, großen Vaterlandes, würdig der herrlichen Eigenschaften, der angeborenen Stammesgünder der Germanen, wie er sie sich träumte, liegt in ihm auf. Das Volk der Dichter und Denker, das Volk der eisernen Kraftmaturen, wie es sich 60 Jahre lang vorgefickt hatte, war sicher etwas ganz Außergewöhnliches. Aber es war schließlich auch nur ein Teil der Menschheit. Und es mußte auch seine Fehler haben; sonst hätte es den Krieg nicht verlieren können. Sonst hätte Gottlieb als ein anerkannter Vertreter des Deutschtums auch keine solchen verdröhten Anschauungen haben können. Die Geldgier, die allerdings sichtbar genug war, sprach eigentlich auch nicht für eine ungewöhnliche Erhabenheit des Volkes.

Aber heiliger Himmel, auf was für Gedanken komme ich da! Ich bin doch ein Patriot! Allerdings kein Germane nach meinem Herzen! Es muß eine gewisse Degeneration in unserer Familie liegen. Aufwärts! Vorwärts! Je kleiner wir selbst sind, um so mehr müssen wir die Größe der Nation im Auge haben. Aber hat unser armes Volk Brot für Gehörte wie unsern Hans? Gottlieb jagte, wir hätten ein Stück Fleisch. Hans kann 40 Jahre alt werden, dann wäre ich bald 80. So alt werde ich nicht.“

Bei jeder Mahzeit hörte er seinen Sohn die Pfaffen dreimal anblasen, er sah gegen seinen Willen zu, wie dieses Geschöpf immer gleich schmutzig und immer gleich gierig das Essen verschlang, und sein Elend wurde täglich größer. Die widerlichen Gewohnheiten des Jungen verfolgten ihn bis in den Schlaf, seine Arbeitskraft litt darunter, und es schien ihm wirklich, als ob das Geld, das er für seinen Sohn verbrauchte, verberberisch verschwende wäre.

Zum Ueberflus fing in dieser Zeit seine Frau zu fränkeln an. Ihre Gesundheit war niemals sehr fest gewesen, aber jetzt war sie nicht mehr imstande, ihren Haushalt allein zu besorgen. Unbehau glaubte, einen guten Gedanken zu haben. Er riet, Hans nunmehr in eine Anstalt zu geben. Zu seinem Erlaunen widersetzte sich seine Frau diesem Vorhaben hartnäckig und nannte ihn in unerwarteter Erregung einen Rabenwarter. Weniger allein aus Mutterliebe; sie hatte früher einmal selbst davon gesprochen, Hans wegzugeben. Aber damals war Hans weniger unappetitlich gewesen, und Unbehau hatte die Kosten gescheut. Er hatte es auch vor seinem Gemüt nicht verantworten können. „Wir haben ihn nun einmal; da wollen wir ihn auch behalten.“ So etwa hatte er seine Frau abgewiesen, als ob sie keine gute Mutter wäre. Sie hatte sich im Laufe der Jahre so an ihren Sohn und an die Arbeit, die sie mit ihm hatte, gewöhnt, daß sie wirklich nur ungern von ihm gelassen hätte. Es war aber auch ein Rest ihr selbst unbewusster Bosheit dabei. „Ich habe mich“, dachte sie, „anzwanzig Jahre mit diesem Sohn, dessen unglückliche Blödsinn doch höchstwahrscheinlich von seinem Vater stammt, abgeplagt und meine schönsten Jahre mit seiner Pflege aufgebraucht. Nun, da ich krank bin, mag mein Mann auch einmal spüren, welche Last ich getragen habe.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse

Behandelt am Sonnabend der Genosse Schüller aus Charlottenburg vor einer Reihe von kleinen Zuhörerschaft. Sein Vortrag war im Gegensatz zu den Elaboraten so mancher „Kulturbringer“ wohlwendig klar und wissenschaftlich begründet. Er führte aus, daß die revolutionäre Ideologie nach der kulturellen Seite hin erweitert werden müsse, daß die bürgerlichen Institutionen wie Kino, Volkshäuser und Volkshochschule zu meiden seien da sie nur das Klassenbewußtsein untergraben. Des weiteren ging er auf den Begriff der Kultur überhaupt ein, ohne hier jedoch recht überzeugen zu können, und unterzog die bürgerliche Ideologie als die zu bekämpfende Bewußtseinsform einer durchdringenden Kritik. Im Anschluß an Lunacharski bestimmte er den Begriff der proletarischen Kultur als Klassen-, als Kampfkultur. Ihre Elemente seien einmal die Organisation, die der Vortragende im Nützlichkeitsideal vorgebildet sieht, und zum andern die sozialistische Denkmethode, die materialistische oder besser dialektische Geschichtsauffassung. Sehr interessant waren die Aus-

führungen über den russischen „Proletkult“, wobei jedoch der Referent wohlweislich vor dem Verzicht einer künstlichen Ausprägung auf deutsche Verhältnisse warnte, da solche Gebilde, sollen sie lebensfähig sein, unwillkürlich sich aus den Massen entwickeln müssen. Endlich kam Schüller ausführlich auf den Plan der proletarischen Bühne zu sprechen, die in Berlin bereits verwirklicht ist. Wirtschaftlich ist sie aufgebaut auf dem Prinzip der Theater-Genossenschaft, hat kein Bühnenhaus, sondern geht in die Betriebe, unter Verzicht auf Dekorationen, und verbindet Zuhörerschaft und Spieler durch gemeinsamen revolutionären Aufschwung, der in spontanen politischen Ansprüchen zum Durchbruch kommen soll. Dieser Plan, den Schüller in Dresden und Chemnitz und nun auch in Leipzig propagierte, begegnete in der Zuhörerschaft einigen Widerspruch. Wie uns scheint, mit Recht! Die proletarische Bühne ist und bleibt ein Experiment auf Kosten des Proletariats. Ein Experiment sind die 16 Stücke, die die proletarische Bühne bis jetzt auf dem Spielplan hat, wenn auch Schüller in begründeter Weise von den Hanswürsten der Revolution, den Expressionisten, abtrübt. Ein Experiment ist das Spielen mit ungeschulten Kräften auf improvisierter Bühne, und nicht zuletzt ein Experiment das Spielen vor der Arbeiterschaft in den Betrieben. Man werfe nicht ein, es sei das Vortrecht des Revolutionärs, „Neuland zu erschließen“, d. h. zu experimentieren. Die revolutionäre Kunstler, will er nicht konterrevolutionär wirken, muß auch Volkstücker sein, und der experimentiert nicht in Zeiten, wo das Proletariat noch um die Nacht ringt. Schüller sagt selbst, die proletarische Kultur, deren einer Ausdruck die proletarische Bühne ist, entspreche der Diktaturphase der Revolution. Aber diese Phase ist noch nicht gekommen. Der Verzicht, das Bewußtsein durch derartige Experimente zu revolutionieren, ohne daß die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sind — und sie sind heute noch nicht gegeben —, ist so viel wert wie ein Schuß im Nebel. Jede Zersplitterung bedeutet aber Kräfteverlust der revolutionären Front.

Doch es erübrigt sich, noch ausführlicher zu werden. Lunacharski hat diesen „hellenischen Typus“ und seinen romantischen Ueberflus auf Seite 17 seiner bekannten Schrift über das gleiche Thema (Aktions-Ausgabe) treffend gekennzeichnet. Aber auch den andern, den „asienischen Typus“, der sich in der Ausdrucksform ebenfalls mischt, schildert er an derselben Stelle. Dieses Extrem, das die Kultur zunächst überhaupt ablehnt, trägt der historischen Entwicklung genau so wenig Rechnung, wie der oben gekennzeichnete Typ. Die Bildungsarbeit ist revolutionär vollwertige Arbeit. Beweis für ihre Notwendigkeit ist der außerordentliche Erfolg der Veranstaltungen des Arbeiterbildungs-Instituts. Die Aufgaben der Bildungsarbeit aber in dem jetzigen Stadium der Revolution müssen genau und sicher umrissen werden, und da wird es sich zeigen, daß die proletarische Bühne Schüller ganz und gar nicht eine Gegenwartsangelegenheit sein kann. Vielmehr ist sie ihrem ganzen Wesen nach erst möglich in einer Epoche des Aufbaues, sie ist also heute eine Vorwegnahme späterer Ziele, eine Vorwegnahme, die mehr geahnet ist, der Sache zu schaden, als zu nützen. Was es heute gilt, das ist die Beseitigung der bürgerlichen Ideologie, wie sie Schüller unter andern ganz richtig fordert. Man verjehet diese, d. h. man nimmt ihr die vergiftenden Eigenschaften, indem man die Massen urteilsfähig macht. „Eine Nation ist nur frei, wenn sie aufgesteht ist; denn Vorurteile sind auch Fesseln“, sagt Mirabeau einmal. Und dies Ziel der Vorurteilslosigkeit wird erreicht, indem man die „ungeheuren und mannigfaltigen Erbchaft der Jahrhunderte“, von der auch Lunacharski spricht, mittels der sozialistischen Denkmethode kritisch beleuchtet, sichtet, ihr das dem proletarischen Bewußtsein gemäße entnimmt und es den Massen nahebringt. Sorge der Bildungsarbeit muß es im jetzigen Stadium sein, aufzuklären über das geschichtliche Werden der Ideologien aller Zeiten und zu erklären zum eigentlichen Verständnis der revolutionären Kulturformen. Auf dieser Grundlage wird sich in einer späteren Epoche, die berufen ist, neue Werte auf allen Gebieten zu schaffen auch eine neue proletarische Kultur aufrichten.

Der Himmel im Juli.

Anfang Juli befindet sich die Sonne in Erdferne, und zwar in einer Entfernung von 152 080 000 Kilometer. Für die Erwärmung spielt die größere oder geringere Annäherung der Erde an die Sonne freilich keine nennenswerte Rolle; die Unterschiede sind zu gering, da die Ellipse, in der die Erde die Sonne umwandert, von einer Kreisbahn nicht weit entfernt ist. Die Zeit der hellen Nächte geht allmählich ihrem Ende entgegen; im mittleren Norddeutschland tritt während der letzten Julwoche ein Mitternacht wieder völlige Dunkelheit ein.

Der Mond steht Anfang Juli in seinem vollen Glanze; denn auf den ersten Montag fällt diesmal der Vollmond. Am 9. steht der Trabant der Erde sein letztes Viertel, am 15. ist Neumond, und am 22. steht der Mond wieder im ersten Viertel, um am 30. des Monats uns zum zweitenmal in diesem Zeitabschnitt seine vollbesendete Oberfläche darzubieten.

Für die Beobachtung des Fixsternhimmels wird die Zeit um die Monatsmitte am günstigsten sein, wenn das Mondlicht nicht stört, und wenn die helle Dämmerung der Sommer-nächte bereits im Abgang ist. Immerhin tritt die Dunkelheit am Abend noch so spät ein, daß es erst in der ersten Abendstunde möglich sein wird, auch die schwächeren Fixsterne mit bloßem Auge wahrzunehmen. Aber bis der letzte Dämmerungsbogen am Nordwesthimmel der Dunkelheit gewichen ist, sind die beiden Tierkreisbilder der Zwillinge und des Krebses bereits bis an den Horizont gerückt und nicht mehr wahrzunehmen. Weit im Westen steht auch schon der Große Löwe mit dem hellen Regulus; die im Bande des Tierkreises ihm folgende Jungfrau steht abends gleichfalls schon im Südwesten. Dann folgt tief im Süden die Waage, bemerkenswert deshalb, weil sie mit Sternen der Schlang eine dochjörmige Figur bildet. Am Mitternacht senkt tief im Süden, in der Breite, in der sich um die Mitternachtszeit die Sonne am Südhimmel befindet, ein auffälliger roter, heller Stern erster Größe: Antares, der Hauptstern im Bilde des Skorpions. Auf diesen folgen in der Tierkreisbahn nach Osten der Schilze, ein wenig auffälliges Sternbild ohne hellere Objekte, was auch für den ostwärts sich anhaltenden Steinbock gilt. Im Skorpion und Schilzen beginnt, von Süden in der Richtung nach Nordosten aufsteigend, der sommerliche Teil der Milchstraße; sie erstreckt sich in zwei getrennten Bändern durch den Ophiuchus und durch den Adler nordwärts über den Äquator hinaus in der Richtung nach der Leier, dem Schwan und der Andromeda, wobei sie gleichzeitig eine Reihe kleinerer, zum Teil charakteristischer Sternbilder, wie den Südpolischen Schild, den Delphin, den Pfeil und den nur aus ganz schwachen Sternen zusammengesetzten im Süden den Schwan begrenzenden Fuhs durchzieht. Der helle Hauptstern im Adler, der mit zwei weitläufig Lichtschwächen, ihm benachbarten Objekten eine gerade Linie, ähnlich dem Gürtel des Orion, bildet, ist Atair. Der vor zwei Jahren zu Anfang Juni im Bilde des Adlers plötzlich aufgetauchte neue helle Stern erster Größe ist längst nur noch im Fernrohr wahrzunehmen; eine Berechnung seiner Parallaxe ist bisher nicht erfolgt, so daß wir noch nicht wissen, in welcher Entfernung die kosmische Katastrophe vor sich gegangen ist, die uns im Sommer 1918 durch das Aussehen der Nova aquilae offenbar geworden ist. Im Bilde der Leier leucht-

et mit weißem Licht Vega, die mit Atair und Deneb, dem Hauptstern des Schwans, ein großes gleichschenkeliges Dreieck bildet. In der Nähe von Deneb vereinigt sich auch das zweigeteilte Band der Milchstraße wieder zu einem einheitlichen, breiten Lichtstreifen. Während die Leier mit der Vega jetzt fast im Zenit steht, befindet sich das größte und auffälligste Sternbild der Sommernächte, der Bootes, schon westlich vom Meridian. Sein gelblicher Hauptstern Arkturus bleibt bis zum Beginn der Tageshelle im Westen erkennbar. Links oben, also in der Richtung nach Osten, schiebt sich an Bootes die nördliche Krone an, ein halbkreisförmiges Bild, dessen hellster Stern Gemma ist. Die zerstreuten Sterne östlich von Krone und Bootes gehören der Schlang, hauptsächlich aber dem ausgedehnten Herkules an, der das ganze Gebiet östlich bis zur Leier und südlich bis zum Ophiuchus einnimmt. In dieser Himmelsgegend finden sich wieder besonders helle noch in charakteristischer Form stehende Objekte. Berühmt ist aber der Sternhaufen im Herkules, der sich im Fernrohr zu einem ungeheuren Gewirz leuchtender Sonnen von unendlicher Entfernung auflöst. Unter den den Pol umgebenden Sternen sind die des Großen Bären schon weit nach Nordwesten gerückt; beinahe im Meridian steht der Kleine Bär, dem der Polarstern als hellstes Objekt angehört. Um ihn dreht sich scheinbar im Laufe des Jahres das gesamte Himmelsgewölbe; er ist der ruhende Pol in der Sterne flucht, aber er wird nicht ewig die Stelle des Himmelspols bezeichnen; denn in Wahrheit wandert er innerhalb eines Kreises in einem Zeitraum von etwa 24 000 Jahren, und nach etwa 12 000 Jahren wird Vega die Rolle des Polarsterns zu spielen bestimmt sein. Die Zickzacklinie des Draehens schlingt sich zwischen den beiden Bärenbildern um den Pol und von dort zum Cepheus und Herkules. Das römische W der Kassiopeja rückt dem Zenit entgegen, und von Nordosten steigen im Laufe der Nacht Andromeda und Pegasus wieder höher empor.

Nach der günstigsten Stellung, in der sich mehrere Monate hindurch die meisten Planeten befunden haben, wird die Beobachtung der Geschwistergebrüder unserer Erde jetzt wieder schwierig; denn wie sie eine Zeitlang gemeinsam am Nachthimmel gestanden haben, so gelangen sie nun auch sämtlich rasch hintereinander in die Sonnenstrahlen. Völlig unsichtbar sind im Juli Merkur und Venus. Die letztere gelangt am 3. Juli in ihre obere Konjunktion mit der Sonne, befindet sich zur Zeit also hinter dem Zentralgestirn und kann auch im Fernrohr nicht beobachtet werden. Der im Mittel uns nächste Planet ist jetzt mit 200 Millionen Kilometer in seiner weitesten Entfernung von der Erde; erst im Oktober wird Venus wieder am Abendhimmel aufstehen, um in den Wintermonaten als Abendstern zu leuchten. Mars ist rechtsläufig in der Jungfrau, immer noch nahe bei Spica, von der er sich nun aber wieder entfernt. Ebenso entfernt er sich nunmehr für 1 1/2 Jahre von der Erde. Bei Einbruch der Dunkelheit steht der trotz nicht unerheblicher Helligkeitsabnahme immer noch auffällige rote Planet schon tief im Südwesten, und gegen Ende des Monats ist er nur noch eine Stunde sichtbar. Jupiter, der rechtsläufig den Krebs durchwandert, neigt sich nunmehr für 6 Jahre wieder dem absteigenden Teil der Tierkreisbahn zu; denn seine Umkreiszeit um die Sonne beträgt zwölf Erdjahre, und erst im Jahre 1931 wird er in den Zwillingen wieder den nördlichen Teil seiner Bahn erreichen. Seine Sichtbarkeit im Juli bleibt auf wenige Tage der ersten Monatswoche beschränkt; dann verschwindet er schon vor Anbruch der Dunkelheit in den Sonnenstrahlen, um erst im September wieder am Morgenhimmel aufzutreten. Saturn, rechtsläufig im Löwen, kann Anfangs des Monats noch eine Stunde abends am Westhimmel verfolgt werden; kurz nach der Mitte des Monats verschwindet auch er in den Sonnenstrahlen. Wenn der ringbedingte Planet im kommenden Jahre wieder am Abendhimmel steht, so wird er das besondere Interesse der Astronomen erregen, da dann der jetzt schon fast geschlossene Ring völlig verschwinden wird. Das geschieht dadurch, daß sich der Winkel, unter dem wir die Ringachse sehen, im Laufe der Umkreiszeit des Saturns um die Sonne dauernd vergrößert; während wir seit dem Jahre 1907 die Südseite des Ringes sehen, steht jetzt der Zeitpunkt, wo der Ring von der Erde genau senkrecht auf die scheinbare Kante des Ringes fällt, worauf, abermals für 14 Jahre, die Nordseite des Ringes aufsteht, die nach 7 Jahren die größte Öffnung zeigt, um dann nach weiteren 7 Jahren langsam infolge der Winkelerhöhung sich wieder zu schließen. Der Ring des Saturns besteht aus einer unendlichen Zahl winziger Körper, die neben 9 Monden den Planeten umkreisen. Uranus ist rechtsläufig im Wassermann und kann im Fernrohr in der zweiten Hälfte der Nacht am Südhimmel beobachtet werden, während Neptun, der sich im Krebs befindet, bei Einbruch der Dunkelheit dem Horizont schon ganz nahe ist, so daß auch mit starken Instrumenten seine Auffindung nicht mehr möglich ist.

Kleine Chronik.

Naturwissenschaftliche Bücher, insgesamt 911 Bände, die in 2000 Exemplaren vorhanden sind, verzeichnet das soeben in zweiter Auflage erschienene Verzeichnis der Abteilung Naturwissenschaften der Städtischen Bibliothek zu Leipzig. Die Auswahl ist reich und mannigfaltig, so daß jeder naturwissenschaftlich interessierte Laie auf seine Kosten kommen wird. Selbst solche Leser, die sich schon eingehender mit den Ergebnissen und Fragen der Natur beschäftigt haben, werden in dem Verzeichnis manches ihnen neue wertvolle Buch finden. Das Verzeichnis ist als praktisches Hilfsmittel für die Bücherbenutzer sehr gut durchgearbeitet, die einzelnen Bücher sind mit Charakteristiken versehen, solche Bücher, die sich zur Einführung eignen, sind besonders hervorgehoben, gut gearbeitete Register zu der reich gegliederten systematischen Anordnung erleichtern das Auffinden des einzelnen Buches oder der Bücher über einen bestimmten Gegenstand. Das Verzeichnis kostet im Buchhandel 8 Mt., an die eingetragenen Leser der Städtischen Bibliothek wird es zu dem außerordentlichen Vorzugspreis von 2 Mt. abgegeben, es kann aber auch im Ausleihenraum der Bibliothek kostenlos eingesehen werden. Die Benutzung der Bücherhallen selbst ist unentgeltlich, sie sind in den Sommermonaten an allen Wochentagen von 4—7 Uhr, ab 1. September auch von 12—3 Uhr Uhr geöffnet. Die mit den Ausleihbedingungen verbundenen Lesesätze werden bis auf weiteres von 3—9 Uhr abends ununterbrochen offengehalten. Halle 1 befindet sich im Osten, Grenzstraße 3, Halle 2 im Süden, Zeiger Straße 28. Der Bücherbestand ist in beiden Hallen derselbe, die Leihfrist für das einzelne Buch beträgt vier Wochen. Bei der erstmaligen Benutzung der Bücherhallen ist der Einwohnerchein oder ein ähnliches Papier vorzulegen.

Städtische Theater. In der Sonnendauführung der Fiedermans sind nachstehende Partien neu besetzt: Adele (Grieba Rettn), Franz (Wilhelm Burg), Alfred (Kurt Wolfram), Dr. Falke (August Böhm), Frosch (Rudolf Ander). — In Stelle des plötzlich wieder erkrankten Rudolf Jäger singt in der heutigen Aufführung von Hoffmanns Erzählungen assistierende Herr Bernhard Bödel vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg den Hoffmann.

Sozialistischer Red- und Lesabend. Heute spricht Genosse Gerber um 8 Uhr Braustraße 17 über die Lehren der ungarischen Arbeiterrepublik.



Der weiße Terror in Ungarn.

Aus dem Bericht der britischen Arbeiterdelegation.

Angesichts der völligen Abschließung Ungarns durch den internationalen Boykott unternimmt die ungarische Regierung...

In Scarborough trat am Montag die Jahrestagung der britischen Labour Party zusammen...

In Budapest fand die Delegation dann die Angaben der Flüchtlinge vollumfänglich bestätigt...

Über die Brachialgewalt, die systematischer Greuel angeht...

Zu den bevorstehenden Verhandlungen gegen die 10 Volkskommissare bemerkt der Bericht...

In August 1919, nach dem Sturz der Kommune, fanden zahlreiche Kommunistenmassaker...

Trotz der erheblichen Menge von Einzelheiten von allen Seiten können wir doch nicht einmal schätzungsweise angeben...

Auch von den neueren Taten des Terrors werden eine Menge von Einzelfällen angeführt...

Daraufhin wurde ihr befohlen, sich anzukleiden, und man brachte sie zu den andern dreien zurück...

Soldaten benahm sich ihr gegenüber roh. Der Tanz dauerte etwa eine Stunde...

Die ungarische Regierung gesteht die Existenz einer strengen Zensur ein...

Die ungarische Regierung gesteht die Existenz einer strengen Zensur ein. Es wird zugestanden, daß die unter der Regierung Karolyi gebildeten Gewerkschaften unterdrückt worden sind...

Reichstag.

4. Sitzung, Mittwoch, den 30. Juni.

Am Regierungstisch: Fehrenbach, Dr. Heine, Koch, Wirth. Die Minister Dr. Heine erklärt auf Anfrage...

Ein Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Aufhebung der gegen den Abg. Mittwoch (U. Soz.) verhängten Festungshaft...

Der gleiche Berichterstatter erklärt, daß der Ausschuss dem Antrag Schulz-Bromberg (Deutschl.) auf Aufhebung eines gegen den Abg. van den Reekhof (Deutschl.)...

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Wir treten unter allen Umständen für den Schutz der Immunität ein, gleichgültig, um welche Partei es sich handelt...

Der Ausschussantrag wird darauf einstimmig angenommen. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird darauf fortgesetzt.

Abg. Trilmorff (Zentr.): Wir sind in eine neue Periode unserer politischen Entwicklung eingetreten. Die Grundlage unserer Tätigkeit muß die Reichsverfassung sein...

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Es ist scharfe Kritik geübt worden an dem parlamentarischen System...

mehr gehört werden, damit nicht immer Klagen über die Bevorratung von Berlin laut werden. Gewerkschaften und Großindustrielle müssen zusammenarbeiten...

Abg. Schiffer (Dem.): Wenn durch unsere Haltung die Bildung der Regierung verzögert worden ist, so ist das nicht unsere Schuld...

Abg. Dr. Heim (Bayr. Sp.): Diejenigen, die nach Spa gehen, müssen sich vorher eine genaue Bilanz aufmachen, eine Bilanz der Wahrheit...

Präsident Voebé teilt mit, daß die Unabhängigen ein Frauenstudium gegen die neue Regierung beantragen. Das Haus vertagt sich. Donnerstag 1 Uhr: Not-Etat, Anträge, Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung...

Aus dem Stadterverordnetenrat.

(Besondere Sitzung am 30. Juni 1920.) Der Rat teilt den Stadterordneten mit, daß nach erneuten Verhandlungen den im Bühnendienst beschäftigten Theaterarbeitern eine Sonderentschädigung von monatlich 70 Mk. gewährt werden soll...



**Schornsteinfegerlehrlinge** beschwerten sich in einer Eingabe dagegen, daß sie die tariflich festgesetzte Entlohnung nicht erhalten. Stadtv. Liebmann (Unabh.) macht die Eingabe zurücklegen.

#### Die Wiedereröffnung der Bäder.

Ueber eine Eingabe wegen Wiedereröffnung des Volksbades im Norden Leipzigs berichtet Stadtv. Scheib (Unabh.). Stadtv. Herr (Unabh.) trägt die Wünsche der Bewohner der nördlichen Stadtteile vor. Nicht nur das Volksbad müsse wieder eröffnet werden, sondern auch die Benutzung des Stadtbades müsse durch Herabsetzung der Preise festgelegt werden.

Stadtrat Dir erklärt, daß alle Maßnahmen zur Wiedereröffnung bisher an dem Kohlenmangel gescheitert seien. Eine Herabminderung der Preise könne er zur Zeit nicht in Aussicht stellen.

Bürgermeister Hollender (Rechtslos.) kündigt ein sehr ernstes Wortchen bei den kommenden Beratungen des Haushaltsplans an.

Die Eingabe wird dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen. Gleichzeitig wird der Rat ersucht, auch die Wiedereröffnung des Volksbades im Osten und Süden zu erwägen.

#### Unterstützung an den Arbeiteramariterbund.

Die Kolonne Leipzig des Arbeiteramariterbundes bittet um eine Unterstützung zur Anschaffung von Material, das während der Märzruhen abhandeln gekommen ist.

Stadtv. Dr. Popitz (Unabh.) weist auf die pflichtbewusste Tätigkeit der Arbeiteramariter während der Märzruhen hin, die im Interesse der Allgemeinheit geleistet worden ist. Die Kolonne habe ein Anrecht darauf, das Material zurückzuerhalten. Er stelle daher den Antrag, die Eingabe dem Rat zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag wird gegen eine Anzahl Stimmen angenommen.

#### Museum für Buchwesen und Schrifttum.

Zur Aufrechterhaltung des Museums für Buchwesen und Schrifttum wird um Erhöhung der jährlichen Beiträge von 20 000 auf 30 000 Mk. gebeten.

Stadtv. Carlsohn (Priv.-Ang.) will die Bestrebungen unterstützen, da wir mehr als bisher darauf angewiesen seien, Qualitätsarbeiten zu leisten.

Stadtv. Wünschmann (Demokr.) Da der Staat die gleichen Bedingungen gestellt habe, in einer Stelle müsse doch mit dem Sparten begonnen werden. Das Museum brauche deshalb nicht aufgelöst, sondern nur für einige Zeit (etwa für ein Jahr) geschlossen zu werden.

Oberbürgermeister Dr. Nothe weist die Bestrebungen zurück. Aber es liegen drei gleichartige Fälle vor, bei denen der Staat die gleichen Bedingungen gestellt habe. In einer Stelle müsse doch mit dem Sparten begonnen werden. Das Museum brauche deshalb nicht aufgelöst, sondern nur für einige Zeit (etwa für ein Jahr) geschlossen zu werden.

Die Eingabe wird darauf gegen eine Anzahl Stimmen dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

#### Fachschulen.

Eine Eingabe wünscht die Übernahme der Lehrgeschäfte von acht Fachschulen auf die Stadt.

Stadtv. Köllig (Mittell.) erklärt, daß die Gehaltskosten von den Innungen und Vereinen nicht mehr aufgebracht werden können. Die Ausbildung der Lehrlinge zu Qualitätsarbeitern müßte denn fallengelassen werden. Er stelle daher den Antrag, die Eingabe dem Rat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Freitag (Unabh.) weist darauf hin, daß im Ausschuß keine Antimotivität gegen die Fachschulen obwalte. Aber dem Rat müsse die Möglichkeit erhalten bleiben, mit den Innungen zu verhandeln und Zugeständnisse festzusetzen.

Die Eingabe wird dem Rat zur Erwägung überwiesen.

#### Ausstellung „Garten und Kind“.

Der Landesverband der Garten- und Schreiververeine will im Palmengarten eine Ausstellung veranstalten und bittet die Stadt um Übernahme eines Garantiefonds von 3000 Mk. Der Eingabe wird zugestimmt.

#### Leipziger Kruppenvereinsung.

Der Rat hat beschlossen, der Leipziger Kruppenvereinsung eine Unterstützung von 28 371 Mk. nachzubewilligen und in den nächsten Haushaltsplan nur 30 000 Mk. einzustellen.

Frau Stadtv. Schilling (Unabh.) wendet sich entschieden dagegen, daß eine Kruppe geschlossen werden soll. Wenn man die Notwendigkeit anerkenne, müsse man auch für Mittel sorgen. Sie stelle daher den Antrag, den Rat zu ersuchen, der Kruppenvereinsung im nächsten Berichtsjahr einen Zuschuß von 30 000 Mk. zu gewähren, damit die Weiterführung im jetzigen Umfang bis zur endgültigen Regelung möglich ist.

Nachdem Stadtv. Jund (Demokr.) den Antrag unterstützt, wird dieser sowie die Nachbewilligung einstimmig angenommen.

#### Die Errichtung einer Krankenpflegeschule.

Der Rat will im Krankenhaus zu St. Jakob eine Krankenpflegeschule errichten.

Stadtv. Dr. Popitz (Unabh.) berichtet über die Verhandlungen im Ausschuß, begründet die Vorzüge und unterbreitet die Wünsche des Pflegepersonals.

In der Aussprache handelt es sich im wesentlichen darum, ob die Schwestern Beamte werden sollen oder nicht. — Der Errichtung einer Pflegeschule wird schließlich zugestimmt, die Gründung einer Schwesternschaft wird dagegen zurückgestellt.

#### Die Klage gegen Friedrich Geyer.

Gegen Friedrich Geyer will der Rat eine Schadenersatzforderung von 23 000 Mk. geltend machen.

Rechtsanwalt Neu (Rechtslos.) gibt den Bericht des Verfassungsausschusses. Von den 400 000 Mk., die im März 1919 im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats Friedrich Geyer auf Konto der Stadt erhob, sind rund 23 000 Mk. nicht zurückgezahlt worden. Auf diese Summe richtet sich die Schadenersatzforderung gegen Friedrich Geyer. Der Rat behauptet, Friedrich Geyer habe das Geld widerrechtlich durch Bedrohung des Oberbürgermeisters erpreßt. Die Minderheit des Verfassungsausschusses schloß sich den Gründen der Ratvorlage an. Die Mehrheit des Verfassungsausschusses ließ sich von folgenden Erwägungen leiten:

Der Rat habe jedenfalls die Stellung erkannt, die der Arbeiter- und Soldatenrat damals in Leipzig innehatte. Damals war der A. und S.-Rat Träger der Staatsgewalt. Das hat auch die Staatsregierung anerkannt. Der A. und S.-Rat war demnach Behörde. Deshalb waren seine Handlungen Staatsmaßnahmen und zwar auch dann, wenn er seine Kompetenzen überschritt. Die Klage müsse sich deshalb gegen den Staat richten. Die Ausschlußmehrheit verkannte nicht, daß die Justizverwaltung möglicherweise zu einer Verurteilung Friedrich Geyers kommen würde, weil ja in der Justiz nicht jener Geist eingezogen sei, der das Verständnis für die Revolution aufgebracht habe. Der Ausschuß habe sich aber von der Erwägung leiten lassen, daß eine Klage gegen Friedrich Geyer von der Arbeiterschaft zweifellos als gegen sich gerichtet angesehen würde. Diese Beunruhigung wolle der Ausschuß vermeiden. Es müßte weiter berücksichtigt werden, daß die Lage in Leipzig damals außerordentlich gespannt war. Wenn es nicht möglich gewesen wäre, die Arbeitslosen und die andern Unterstützten auszu zahlen, dann wäre es zweifellos zu schweren Unruhen gekommen. Das habe wohl auch der Oberbürgermeister erkannt, daß er damals mit dem Unterschreiben der Geldanweisung der Stadt einen Millionen Schaden verursacht habe. Man könne die Summe als eine Versicherungsprämie bezeichnen. Deshalb schlägt der Ausschuß mit überwiegender Mehrheit vor, die Klageerhebung abzulehnen.

Stadtv. Dr. Jund wendet sich gegen die Ausführungen des Berichterstatters. Der Anspruch sei juristisch begründet und könne nicht einfach unter den Tisch fallen.

Stadtv. Herr (Demokr.) fragt an, ob der fehlende Betrag nicht zurückzubekommen sei.

Stadtv. Schöning (Unabh.): Heute fühlen sich die Herren vom Bürgertum wieder stark genug. Man dürfe aber die damalige Zeit nicht mit heute verwechseln. Damals habe die Reichsregierung einen Aufruf veröffentlicht, daß die politische Gewalt in den Händen der A. und S.-Räte liege. In dem Aufruf wurde gesagt, die A. und S.-Räte haben die Aufgabe, die Errungenschaften der Revolution zu schützen und auszubauen und Angriffe abzuwehren. Das Geld habe Geyer erhoben aus Pflicht, Rechts- und Verantwortungsgesühl, um Hindernisse zu verhindern. Die Gelder seien auch zurückgezahlt worden bis auf den Teil, der selber unterschlagen worden ist. Der Oberbürgermeister habe zugegeben, daß außer seiner Person auch das Wohl der Stadt auf dem Spiele stand. Wenn unter den Kommandos der Zeitweiligen und der Reichswehr so gründlich aufgeräumt worden wäre, wie unter der Matrosenkompanie, dann könnten wir uns beglückwünschen. Der tote Buchstabe dürfe nicht über den lebenden Menschen triumphieren. Die Klage müsse nach den damaligen Verhältnissen beurteilt werden. Geyer habe nur seine Pflicht getan und die Stadt vor ersten Schäden geschützt. Sollte aber die Person Geyers getroffen werden, der in Ehren alt und grau geworden sei, dann müsse er erst recht sagen: Hände weg!

Oberbürgermeister Dr. Nothe: Im Prozeß gegen Scheib und Krug sei vom Gericht festgestellt worden, daß der A. und S.-Rat kein staatliches Organ gewesen sei und daß das Geld nicht zur Auszahlung der Unterstützungen, sondern an die Eisenbahner gezahlt worden sei, um den Streik länger hinzuziehen. Die Gemeinde sei verpflichtet, den Anspruch zu erheben; es gebe keine Gründe, die den Prozeß ausschließen.

Bürgermeister Hollender (Rechtslos.) erklärt, daß er für die Klageerhebung stimmen werde. Die Gelder seien nur zur Fortführung des Generalstreiks erhoben worden, der sich gegen die mehrheitssozialistische Regierung richtete. Er habe damals Geyer in der Kreisl Presse als Räuberhauptmann bezeichnet und könne davon nicht abgehen.

Stadtv. Hagen (Rechtslos.) will den Vorgang von damals nicht billigen, aber es dürfe nicht übersehen werden, was inzwischen geschehen sei. Man solle nicht auf dem Wege des Abtritts das zu erlangen suchen, was man bisher nicht erreichen konnte. Die Rapp und Wittlich hätten weit mehr auf dem Gewissen als Geyer, und die Hätte man haben können, wenn man nur gewollt hätte. Aber deren Helfershelfer sind heute noch im Amt und Würden.

Ein inzwischen eingegangener Eventualantrag besagt: „Für den Fall der Ablehnung des Ausschusses wolle das Kollegium beschließen, die Zustimmung zur Klageerhebung solange zurückzustellen, bis das Strafverfahren gegen Geyer erledigt ist.“

Stadtv. Krosig (Rechtslos.) hätte gewünscht, daß Geyer freiwillig die Summe bezahle, um der peinlichen Situation aus dem Wege zu gehen. Er werde aber aus denselben Gründen wie Hagen gegen die Verfolgung stimmen.

Stadtv. Neu wendet sich gegen die erhobenen Vorwürfe und fügt seine Ausführungen auf die angeführte juristische Wochenchrift. Das Strafverbot im Scheib-Krug-Prozeß müsse er als Fehlurteil bezeichnen und dies sei auch nicht das erste.

Bei der Abstimmung wird die Klageerhebung mit 32 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

#### Kleine Vorlagen.

Eine Eingabe wegen stärkerer Besetzung der Molkerei Polizeiwache wird dem Rat zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Beitrag von 20 000 Mk. an die Luftschiffahrtsgesellschaft wird eingestellt. — Für die Umänderung der elektrischen Straßenbeleuchtung werden 195 000 Mk. bewilligt. — Für Einbauten in der Betonhalle auf dem Ausstellungsplatz werden 23 437 Mk. bewilligt. — Der Umbau der Sackstraße wird genehmigt. — Auf den Barockdenkmalen des Obdachlosenhauses sollen Laufflangen angebracht werden; die Kosten von 4700 Mk. werden bewilligt. — Für Mietbeihilfen an Kriegsveteranen und Kriegserkrankten werden zusammen 80 000 Mk. bewilligt. — Für das Pflegepersonal des Krankenhauses St. Jakob und der Heilanstalt Döfen werden die Beiträge zur Invalidenversicherung nachbewilligt. — Dem vierten Nachtrag zu den Betriebsverträgen zwischen der Großen Leipziger Straßenbahn und der Leipziger Straßenbahn wird zugestimmt. — Die Eingabe wegen Verbesserung des Fahrplans der Martinstraße vor der 25. Volkshaus wird dem Rat mit dem Ersuchen zur Kenntnisnahme überwiesen, die Befolgung der verkehrspolitischen Vorschriften zu überwachen. Die Eingabe wegen Haftung von Liegen und Schafen durch die Stadt zur besseren Milchversorgung wird dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen. — Ferner wird der Rat ersucht, die gewerbepolitischen Vorschriften über den Straßenhandel, besonders wegen des überlauten Anbietens von Waren, wieder schärfer anzuwenden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Betriebsräte.

Betriebsobmänner, Arbeiter- und Angestelltenräte für die nachfolgenden Industriegruppen finden Gruppenversammlungen statt:

Gruppe I: Bauindustrie im Volkshaus, Großer Saal, am 5. Juli 1924, abends 7 Uhr.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Betriebsräte in der Bauindustrie. 2. Bericht der vorbereitenden Kommission. 3. Wahl des Gruppenrates.

Gruppe IV: Chemische Industrie im Volkshaus, Gesellschaftsaal, am 6. Juli 1924, abends 7 Uhr.

Tagesordnung: 1. Die Sozialisierung der Chemischen Industrie. 2. Bericht der vorbereitenden Kommission. 3. Wahl des Gruppenrates.

Gruppe VII: Holz-Industrie im Volkshaus, Gesellschaftsaal, am 8. Juli, abends 7 Uhr.

Tagesordnung: 1. Die Aufgaben des Gruppenrates. 2. Bericht der vorbereitenden Kommission. 3. Wahl des Gruppenrates.

Alle als Betriebsvertretung gewählten Arbeiter- und Angestellten der genannten Gruppen müssen erscheinen. Jeder Sorge für vollständigen Besuch. Zutritt nur gegen Ausweisstempel oder Legitimation, Ausweisstempel sind beim Gewerkschaftsamt, Abteilung Betriebsräte, Hotel Victoria, Gerberstr. 1, Zimmer 101, zu haben. Geschäftszeit 11-1 und 4-7 Uhr. Sonnabends nur 11-2 Uhr. Telefon 5097; Vorstehender E. Schilling, Tel. 19498. Gewerkschaftsamt Leipzig.

### Zur Auffklärung!

Die Besoldungsreform für Staatsbeamte ist in Kraft getreten. Viele Genossen aber können die trotz dem bestehende Unzufriedenheit der Beamten nicht verstehen. Der Staatsbeamte, besonders aber der Eisenbahner, muß manchen Vorwurf über seine „unberechtigten Forderungen“ einstecken. Die Genossen sind nur zu sehr geneigt, den bürgerlichen Zeitungen, die noch viel zuviel von ihnen gelesen werden, zu glauben, wenn die Schuld der Tarifserhöhungen mit den Gehaltsforderungen begründet werden.

Besonders aber sind es die im letzten Vierteljahr gezahlten Gehaltszuschüsse, die bei den Genossen verärgert wirken und als besondere Zuwendungen angesehen werden. Diese Tatsache ist denn auch von den bürgerlichen Zeitungen benutzt worden, um gegen die Eisenbahner zu gehen. Daß aber von den im letzten-drei-Monaten gezahlten Geldern 1400 Mk. (Eintausendvierhundert Mark) wieder zurückgezahlt werden müssen, verschweigt die bürgerliche Presse aus durchsichtigen Gründen.

Richtig ist folgendes: Im März sind als Voranschlag 800 Mk. an alle Beamten gezahlt worden. Diese Summe sollte als vorläufige Abfindung auf die

neue Besoldungsordnung gelten. Die Durchführung des neuen Besoldungsgesetzes stieß aber auf solche Schwierigkeiten, daß die Gehaltszahlung am 1. 4. 20 noch nach den alten Bestimmungen gezahlt werden mußte. Die Folge war nun, daß die Beamten mit unzureichenden Geldmitteln versehen waren. Hierzu kam noch, daß alle Vorschläge aus dem Jahre 1919 am 1. 4. 20 einbehalten wurden, so daß Beträge von 14 Pfa., 25 Pfa. und einigen Mark ausgezahlt wurden. Durch diesen Umstand sah sich die Verwaltung gezwungen, wieder Vorschläge zu zahlen. Diese betragen 800 Mk. und 600 Mk. Diese 1400 Mk. müssen nun von den Beamten im Laufe dieses Jahres wieder in Raten zurückgezahlt werden. Die Rückzahlung geschieht derart, daß viereljährlich 300 bzw. 200 Mk. vom Gehalt einbehalten werden. So steht also die sogenannte Bevorzugung der Eisenbahnbeamten aus.

Noch trasser aber ist folgender Umstand: Da in Leipzig ein Ortszuschlag nach Klasse A gezahlt wird, auf den großen Bahnhöfen Engelsdorf und Wahren aber nur die Klasse C und D, so haben die unteren Beamten noch eine Einbuße von 1200 Mk. bis 2500 Mk. gegenüber ihren Kollegen von Leipzig. Wenn nun die Beamten diese Ungerechtigkeit beseitigt wissen wollen, so schreit die bürgerliche Presse von Unzufriedenheit und unberechtigten tabulaten Forderungen.

### Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Wahren.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 5 ist erschienen und in allen Filialen der Leipziger Volkszeitung sowie in allen Gewerkschaftsbüros zum Preise von 20 Pfa. pro Stück zu haben. Aus dem Inhalte der 8 Seiten starken Nummer heben wir hervor: Der Weg zur sozialistischen Einkommensordnung; Neue Einkommensmethoden — Familienzulagen; Schulbestimmungen für Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen. — Die für die Betriebsräte insbesondere bestimmte Beilage bringt neue Bestimmungen zum Betriebsratsgesetz sowie Mitteilungen über Betriebsbeschränkungen und Betriebsstilllegungen, die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung und andres.

### Die Hausangestellten fordern Festlegung ihrer Höchsttarifzeit.

Am Sonntag, dem 18. Juni 1920, fanden im ganzen Reich Demonstrationenversammlungen der Hausangestellten statt. Es wurde Protest erhoben gegen die übermäßig lange Arbeitszeit, die in diesem Beruf noch immer üblich ist und 14 bis 18, ja 18 Stunden beträgt. Die Veranstaltung sollte der Öffentlichkeit vor Augen führen, daß es auch jetzt noch eine arbeitende Bevölkerung gibt, die bisher bei allen gesetzlichen Regelungen vergessen worden ist. Ein Gesetz für die Hausangestellten an Stelle der Gesetze für Arbeiter ist allerdings in Bearbeitung, aber die Hausfrauen veruchen mit allen Mitteln, ein gesetzlich festgelegte Arbeitszeit zu erreichen. Der 13. Juni hat gezeigt, daß die Hausangestellten damit nicht einverstanden sind, sie verlangen, daß auch für sie eine gesetzliche Höchsttarifzeit geschaffen wird. Der Besuch und Verlauf der Versammlungen war durchweg ein guter. Folgende Resolution, die an den Reichstag und in das Reichsarbeitsministerium eingeleitet wurde, gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die am 18. Juni 1920 versammelten Hausangestellten erheben einstimmig Protest gegen die in ihrem Beruf noch immer bestehende überlange Arbeitszeit, welche noch heute 13 bis 14, ja bis 18 Stunden täglich beträgt.“

Für alle Arbeitergruppen besteht seit dem 1. Januar 1919 eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit, nur der Hausangestellten hat man damals nicht gedacht.

Alle Bemühungen des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, auf dem Wege des Tarifvertrags die Arbeitszeit zu regeln und dem kommenden Hausangestelltengesetz vorzuarbeiten, scheiterten an dem ablehnenden Verhalten der Arbeiterschaft.

Wie dringend notwendig diese Regelung ist, beweisen seit dem Jahre 1914 die Statistiken der Krankenkassen, denn erst von diesem Zeitpunkt an sind auch die Hausangestellten krankensicherungs-pflichtig.

Das statistische Material spricht eine deutliche und eindringliche Sprache von Schäden geistiger und körperlicher Art in unzahligen Fällen, welche durch die überlange Arbeitszeit hervorgerufen worden sind.

Der neue Reichstag, insbesondere das Reichsarbeitsministerium, werden daher ersucht, bis zur endgültigen Fertigstellung eines Hausangestelltengesetzes auf dem schnellsten Wege wenigstens die Arbeitszeit auch für die Hausangestellten gesetzlich zu regeln.

Es kann für uns weder eine festgelegte Ruhezeit noch Arbeitshereitschaft in Frage kommen, sondern auch wir fordern für unseren Beruf eine gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit.

Unsre Forderungen an den Gesetzgeber lauten:

Der Hausangestellte hat eine Arbeitszeit von 10 Stunden, sie darf nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends enden.

Der jugendliche Hausangestellte unter 18 Jahren darf nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden und darf die Arbeitszeit nicht vor 7 Uhr morgens beginnen und nicht nach 7 Uhr abends enden.

In einem zu vereinbarenden Wochentage muß die Arbeitszeit um 3 Uhr nachmittags und am Sonntag und Feiertag um 2 Uhr beendet sein.

Jeder vierte Sonntag ist ganz arbeitsfrei.

Die Pausen betragen täglich 2 Stunden.

Von den Vertretern und Vertreterinnen aller sozialistischen Parteien des neuen Reichstags erwarten wir aber, daß sie unsere berechtigten Forderungen nicht nur unterstützen, sondern sich auch für eine schnelle Erledigung voll und ganz einsetzen.“

Die Forderungen der Hausangestellten gehen also noch nicht einmal auf den nächsten Sonntag für alle hinaus. Trotzdem wird sich in den Texten der Bourgeoisie-Damen ein gewaltiger Sturm der Entrüstung erheben über die „unverschämten Ansprüche“, die die „immer anzurückgehenden“ Diensthilfen von heute“ aufstellen.

Die Beschäftigten von Rheinland-Westfalen gegen die Ueber-sichten.

Bonn, 30. Juni. (U.) Die Arbeitnehmer-Organisationen der Rheinisch-westfälischen Bergwerke haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Resolution des Ueber-sichten-Abkommens beantragt. Verhandlungen darüber werden Ende der Woche stattfinden. Veranlassung zu dem Antrag der Bergarbeiterorganisationen gab die sich fortsetzende mehrdeutigen Klagen der Bergarbeiter, daß sie sich aufzufrieden fühlen, die Ueber-sichten in der bisherigen Weise weiter zu verfahren, wenn nicht bald eine Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln eintritt.

Der Hafenarbeiterausstand in Danzig ist am Montag durch Verhandlungen mit dem Oberkommissar beigelegt worden. In einer Versammlung beschloßen die Hafenarbeiter, die Arbeit am Dienstagfrüh wieder aufzunehmen. Die Hafenanlagen sollen nunmehr durch blaue Schutzeinheiten überwacht werden.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!







